

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2018/205606]

28. SEPTEMBER 2018 — Erlass der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002, Artikel 339, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Mai 2018;

Aufgrund des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, Artikel 3 Absatz 2, Artikel 4 Absatz 3, Artikel 5 Absatz 2, Artikel 6 Absatz 2, Artikel 7 Absatz 2, Artikel 8 Absatz 3, Artikel 9, Artikel 11 § 4, Artikel 13 §§ 1 und 4, Artikel 14 § 3, Artikel 16 Absatz 2, Artikel 17 Absatz 2, Artikel 18 Absatz 2, Artikel 20 Absatz 2, Artikel 21 § 4, Artikel 22, Artikel 23 Absatz 2, Artikel 25, Artikel 26 § 4, Artikel 33, Artikel 34 § 3, Artikel 35 Absätze 1 und 3, Artikel 36 Absatz 2, 43, Artikel 53 und Artikel 59 Absatz 2;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 3. Mai 1999 zur Ausführung von Artikel 7 § 1 Absatz 3 Buchstabe *m*) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer in Bezug auf die Wiedereingliederung sehr schwer zu vermittelnder Arbeitsloser;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 11. Juli 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfeszentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten im System der sozialen Eingliederung, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 14. November 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfeszentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 19. Oktober 2017 zur Festlegung der Basiszuwendung und der Zusatzzuwendungen in Ausführung des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen;

Aufgrund des Protokolls Nr. S5/2018 des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 8. Mai 2018;

Aufgrund des am 26. April 2018 an den föderalen Beschäftigungsminister gerichteten Antrags auf Konzertierung in Anwendung von Artikel 6 § 3bis Nummer 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen; in Erwägung, dass innerhalb von 30 Tagen keine Stellungnahme vorlag;

Aufgrund der Stellungnahme des Landesamtes für soziale Sicherheit vom 24. Mai 2018;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 11. Juni 2018;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 12. Juni 2018;

Aufgrund des Gutachtens 63.843/2/V des Staatsrates, das am 13. August 2018 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates vom 22. Mai 2018;

In Erwägung des Gutachtens des Öffentlichen Programmierungsdienstes Soziale Eingliederung vom 30. Mai 2018;

Auf Vorschlag des für Beschäftigung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmungen***Artikel 1 - Begriffsbestimmung**

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung;
2. Minister: der für Beschäftigung zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. Ministerium: der für Beschäftigung zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Für die Anwendung der Kapitel 1 - 4 und des Artikels 59 versteht man unter Arbeitsantritt den Tag, an dem:

1. der AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte tatsächlich eingestellt wird;
2. ein schriftlicher Arbeitsvertrag abgeschlossen ist;
3. die entsprechende Erklärung gemäß Artikel 4 des Königlichen Erlasses vom 5. November 2002 zur Einführung einer unmittelbaren Beschäftigungsmeldung in Anwendung des Artikels 38 des Gesetzes vom 26. Juli 1996 zur Modernisierung der sozialen Sicherheit und zur Sicherung der gesetzlichen Pensionsregelungen eingereicht wurde.

Art. 2 - Nichtbeschäftigten Arbeitssuchenden gleichzusetzende Personen

Einem nichtbeschäftigten Arbeitssuchenden im Sinne von Artikel 3 Nummer 3 des Dekrets sind die ehemaligen nichtbeschäftigten Grenzgänger im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlamentes und Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit gleichzusetzen, insofern sie:

1. beim Arbeitsamt als arbeitssuchend eingetragen sind;
2. nicht der Schulpflicht unterliegen;
3. nicht das gesetzliche Pensionsalter erreicht haben.

Art. 3 - Der Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt gleichzusetzende Zeiträume

Der in Artikel 3 Nummer 4 des Dekrets erwähnten Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt sind folgende Zeiträume gleichzusetzen:

1. der Zeitraum, in dem der Arbeitssuchende bei der zuständigen Behörde eines anderen Teilstaats als arbeitssuchend eingetragen und während dem er nichtbeschäftigt ist;

2. der Zeitraum innerhalb eines Zeitraums der Eintragung beim Arbeitsamt, in dem der Arbeitsuchende durch einen Arbeitsvertrag gebunden ist, unter Statut ist oder eine hauptsächliche Aktivität als Selbstständiger ausübt, insofern die Gesamtdauer dieses Zeitraums nicht mehr als 30 Tage beträgt;

3. der Zeitraum des Bezuges einer Entschädigung in Anwendung der gesetzlichen oder verordnungsrechtlichen Bestimmungen über die Kranken- und Invaliditätspflichtversicherung oder über die Mutterschaftsversicherung, der in einem Zeitraum der Eintragung beim Arbeitsamt liegt;

4. der Zeitraum des Bezuges des Eingliederungseinkommens in Anwendung des Gesetzes vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung;

5. der Zeitraum des Bezuges der finanziellen Sozialhilfe für Personen, die aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit kein Anrecht auf das Eingliederungseinkommen haben und die im Bevölkerungsregister oder Fremdenregister eingetragen sind;

6. der Zeitraum der Haft- oder Gefängnisstrafe, der in einem Zeitraum der Eintragung beim Arbeitsamt liegt;

7. der Zeitraum der Beschäftigung in Anwendung von Artikel 60 § 7 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren;

8. der Zeitraum, während dem der Arbeitsuchende einen LBA-Arbeitsvertrag gemäß dem Gesetz vom 7. April 1999 über den LBA-Arbeitsvertrag ausführt;

9. der Zeitraum einer der Berufsausbildungen, die durch das Arbeitsamt oder durch die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben organisiert oder anerkannt sind und deren Liste der Minister festlegt;

10. ein Zeitraum von höchstens 12 Monaten für nichtbeschäftigte Arbeitsuchende, die nicht als arbeitsuchend eingetragen waren, da sie freiwillig ihre Karriere unterbrochen haben, um für die Erziehung ihrer Kinder oder für sich in einer Situation der Abhängigkeit und der Unselbstständigkeit befindende Familienangehörige zu sorgen, und die sich auf dem Arbeitsmarkt wiedereingliedern;

11. der Zeitraum der Beschäftigung im Rahmen der Eingliederungssozialwirtschaft, während dem der Arbeitsuchende Anrecht auf die in Artikel 14 des Königlichen Erlasses vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge erwähnte Zielgruppenermäßigung hat;

12. der Zeitraum, während dem der nichtbeschäftigte Arbeitsuchende von der in den Artikeln 89 und 90 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit erwähnten Verfügbarkeitspflicht freigestellt ist.

Der Minister kann den in Absatz 1 Nummer 9 erwähnten gleichzusetzenden Zeitraum für alle oder für einzelne Berufsausbildungen begrenzen.

Art. 4 - Gültigkeitsdauer der Bescheinigung

Die Gültigkeitsdauer der Bescheinigung beträgt 4 Monate.

Die Bescheinigung führt eines der folgenden Gültigkeitsdaten an:

1. das Datum, an dem die Bescheinigung beim Arbeitsamt ausgestellt wird, insofern der nichtbeschäftigte Arbeitsuchende noch nicht eingestellt wurde, oder;

2. das Datum des Arbeitsantritts oder des Beginns einer in den Artikeln 9, 12 oder 13 des Dekrets erwähnten Maßnahme.

Die Bescheinigung wird spätestens am 20. Tag ab dem in Absatz 2 Nummer 2 erwähnten Datum beim Arbeitsamt beantragt.

Der Minister legt auf Vorschlag des Arbeitsamtes das Muster der Bescheinigung fest.

Wird eine neue Bescheinigung innerhalb der Gültigkeitsperiode der vorherigen Bescheinigung beantragt, wird ein Duplikat mit derselben Gültigkeitsdauer wie die der vorherigen Bescheinigung ausgestellt.

Das Arbeitsamt kann einem nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden von Rechts wegen eine Bescheinigung ausstellen, wenn es über alle nötigen Informationen verfügt, um eindeutig festzustellen, dass der nichtbeschäftigte Arbeitsuchende AktiF- oder AktiF PLUS-berechtigt ist.

Das Arbeitsamt kann eine Kopie der Bescheinigung an Dritte übermitteln, insofern diese ein berechtigtes Interesse haben.

Art. 5 - Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Die in Artikel 16 des Dekrets erwähnten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind:

1. die in Artikel 60 § 7 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren vorgesehene Maßnahme;

2. die im Erlass der Regierung vom 26. April 1994 zur Förderung der Beschäftigung von Personen mit einer Behinderung auf dem freien Arbeitsmarkt vorgesehene Maßnahme;

3. die Beschäftigungsmaßnahme im Rahmen der Eingliederungssozialwirtschaft, während der der Arbeitsuchende Anrecht auf die in Artikel 14 des Königlichen Erlasses vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge erwähnte Zielgruppenermäßigung hatte, mit Ausnahme der Arbeitnehmer, die in den Anwendungsbereich von Artikel 14 § 1 Nummer 3, § 2 Nummer 3 und § 3 Nummer 3 desselben Erlasses fallen;

4. die in Artikel 55, 57, 58 und 61 des Dekrets vorgesehenen Maßnahmen;

5. die im Rahmen des Dekrets vorgesehene AktiF- oder AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung.

Art. 6 - Neueinstellungen

§ 1 - Unter Neueinstellung im Sinne von Artikel 21 und 26 des Dekrets versteht man den Arbeitsantritt eines AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten, insofern er innerhalb eines Jahres nicht beim selben Arbeitgeber oder einer mit ihm verbundenen Einrichtung beschäftigt war, mit Ausnahme von Arbeitnehmern, die beim selben Arbeitgeber oder einer mit ihm verbundenen Einrichtung im Rahmen einer in Artikel 5 erwähnten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beschäftigt waren.

§ 2 - Wird ein Arbeitnehmer im Rahmen des Dekrets bei einem Arbeitgeber beschäftigt und nach einem zwischenzeitlichen Unterbrechungszeitraum beim gleichen Arbeitgeber innerhalb eines Jahres erneut beschäftigt, werden für die Berechnung der in den Artikeln 11, 21 und 26 des Dekrets erwähnten Perioden und Zuschusshöhen diese Unterbrechungszeiträume Beschäftigungsperioden gleichgesetzt.

Ist die in Artikel 11 § 1 des Dekrets festgelegte Gewährungsdauer der AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse abgelaufen, findet Artikel 5 Nummer 5 keine Anwendung.

Im Falle von Absatz 1 ist ein Wechsel zwischen den Anwendungsbereichen der Kapitel 3 und 4 des Dekrets gemäß Artikel 30 des Dekrets nicht möglich.

§ 3 - Für die Anwendung von Kapitel 4 Abschnitt 2 des Dekrets ist eine erneute Bescheinigung nicht notwendig, wenn der in § 2 erwähnte Unterbrechungszeitraum weniger als 2 Monate beträgt.

Art. 7 - Unvereinbarkeiten

AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse können nicht mit Zuschüssen kumuliert werden, die in Anwendung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Bezuschussten Vertragsbediensteten, die in Containerparks beschäftigt werden, ausbezahlt werden.

AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse können nicht mit der in Artikel 12bis - 12septies des Königlichen Erlasses Nr. 25 vom 24. März 1982 zur Schaffung eines Programms zur Förderung der Beschäftigung im nichtkommerziellen Sektor vorgesehenen Unterstützung kumuliert werden.

KAPITEL 2 — *Zuschussbedingungen*

Abschnitt 1 - AktiF-Berechtigte

Art. 8 - Unfreiwillig verlorene Arbeitsstelle

Unter unfreiwillig verlorener Arbeitsstelle im Sinne von Artikel 5 des Dekrets versteht man:

1. das Verlieren der Arbeitsstelle aufgrund einer Kündigung durch den letzten Arbeitgeber;
2. die Nicht-Verlängerung eines befristeten Arbeitsvertrags;
3. das Verlieren der Arbeitsstelle aus amtlich festgestellten gesundheitlichen und/oder psychologischen Gründen;
4. die Beendigung der Selbstständigkeit infolge eines Konkurses.

Handelt es sich um einen älteren Arbeitssuchenden im Sinne von Artikel 5 des Dekrets, so ist dem Antrag eine ehrenwörtliche Erklärung beizufügen, die bestätigt, dass dieser seine letzte Arbeitsstelle unfreiwillig verloren hat.

In Abweichung von Absatz 2 ist der ältere Arbeitnehmer, der am Tag vor der Ausstellung der Bescheinigung oder am Vortag des Arbeitsantritts entschädigter Arbeitsloser in Anwendung des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit war oder amtlich festgestellte gesundheitliche und/oder psychologische Gründe nachweist, von der ehrenwörtlichen Erklärung befreit.

Die in Absatz 1 erwähnten Gründe werden auf Anfrage des Arbeitsamts oder des Ministeriums anhand von zweckdienlichen Belegen nachgewiesen.

Art. 9 - Zusätzliche Bedingungen zum Erhalt des AktiF-Zuschusses für Opfer von Umstrukturierungen

Um in den Genuss eines AktiF-Zuschusses gemäß Artikel 7 des Dekrets zu kommen:

1. ist der nichtbeschäftigte Arbeitssuchende im Besitz der in Artikel 15/1 des Königlichen Erlasses vom 9. März 2006 über die Aktivierungspolitik bei Umstrukturierungen erwähnten Ermäßigungskarte für Umstrukturierungen;
2. verfügt der nichtbeschäftigte Arbeitssuchende höchstens über einen in Artikel 4 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets erwähnten Ausbildungstitel.

Abschnitt 2 - AktiF PLUS-Berechtigte

Art. 10 - Verminderte Arbeitsfähigkeit

Als vermindert arbeitsfähig im Sinne von Artikel 8 Absatz 2 Nummer 1 des Dekrets gilt der nichtbeschäftigte Arbeitssuchende, der:

1. die medizinischen Bedingungen erfüllt, um Anspruch auf eine Beihilfe zur Ersetzung des Einkommens oder auf eine Eingliederungsbeihilfe im Rahmen der Behindertengesetzgebung zu haben;
2. als Zielgruppenarbeitnehmer bei einer beschützenden Werkstätte oder einer sozialen Werkstätte beschäftigt war;
3. aufgrund einer körperlichen oder geistigen Unfähigkeit von mindestens 66 % einen Anspruch auf erhöhte Familienleistungen begründet;
4. eine Bescheinigung der Generaldirektion Personen mit Behinderung des Föderalen öffentlichen Dienstes soziale Sicherheit zur Bewilligung von sozialen und steuerlichen Vorteilen besitzt;
5. eine dauerhafte Arbeitsunfähigkeit von mindestens 33 % aufweist, die durch einen vom Landesamt für Arbeitsbeschaffung anerkannten Arzt gemäß dem in Artikel 141 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit vorgesehenen Verfahren festgestellt wurde;
6. durch das Arbeitsamt als arbeitsmarktfern eingestuft wird aufgrund einer Kombination von psycho-medizinisch-sozialen Faktoren, die seine Gesundheit und/oder seine Sozialeingliederung und somit seine Berufseingliederung derart beeinträchtigen, dass er innerhalb der nächsten 12 Monate nicht mehr in der Lage ist, am gewöhnlichen Wirtschaftskreislauf teilzunehmen oder im Rahmen einer begleiteten und angepassten Arbeit zu arbeiten;
7. eine dauerhafte Arbeitsunfähigkeit aufweist, die durch einen vom Arbeitsamt anerkannten Arzt festgestellt wird und die dem in Nummer 5 erwähnten Prozentsatz entspricht.
8. einen Unterstützungsplan der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben im Rahmen der in Artikel 11 § 1 Nummern 2 und 3 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle für selbstbestimmtes Leben erwähnten Aufgaben vorweist.

Art. 11 - Einstufungstest zur Ermittlung des Sprachniveaus

Für die Anwendung von Artikel 8 Absatz 2 Nummer 4 des Dekrets sorgt das Arbeitsamt für einen Einstufungstest zur Ermittlung des Sprachniveaus des Arbeitssuchenden, wenn dieser weder über ein Diplom oder ein offizielles Zertifikat über die Beherrschung der Sprache, das ihm das Mindestsprachniveau B1 in Deutsch noch über ein Diplom oder ein oben erwähntes Zertifikat, das ihm das Mindestsprachniveau B1 in Französisch bescheinigt, verfügt.

Die Gültigkeitsdauer der Ergebnisse des Einstufungstests oder eines Diploms, das ein niedrigeres Sprachniveau bescheinigt, beträgt 24 Monate.

Art. 12 - Maßnahmen zur sozial-beruflichen Integration

Bei den in Artikel 9 des Dekrets erwähnten Maßnahmen zur sozial-beruflichen Integration handelt es sich um Vorschalt- und Integrationsmaßnahmen.

Der Minister legt die Liste der in Absatz 1 erwähnten Maßnahmen fest.

KAPITEL 3 — *Allgemeine Zuschüsse**Abschnitt 1 - Gemeinsame Bestimmungen***Art. 13 - Begriffsbestimmung**

Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter "Zuschüsse" die in Artikel 11 oder 13 des Dekrets erwähnten AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse.

Art. 14 - Ausbildungsmaßnahmen

Die in Artikel 13 § 1 des Dekrets erwähnten Ausbildungsmaßnahmen sind:

1. die in Kapitel IV des Erlasses der Exekutive vom 12. Juni 1985 über die Bewilligung gewisser Vorteile an Personen, die eine Berufsausbildung und -umschulung erhalten, erwähnte individuelle Ausbildung im Unternehmen;
2. das in Kapitel 4.1 desselben Erlasses vorgesehene Einstiegspraktikum;
3. die im Erlass der Regierung vom 10. September 1993 zur Einrichtung und Regelung eines Systems der Ausbildung im Betrieb zur Vorbereitung der Integration von Personen mit einer Behinderung in den Arbeitsprozess erwähnte Ausbildung im Betrieb;
4. die in Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen erwähnte Lehre;
5. die im Gesetz vom 19. Juli 1983 über die Industrielehre erwähnte Industrielehre.

Maßnahmen anderer Teilstaaten, die eine gleichwertige Zielsetzung haben oder auf eine vergleichbare Weise organisiert sind wie die in Absatz 1 erwähnten Maßnahmen, gelten ebenfalls als Ausbildungsmaßnahmen im Sinne von Artikel 13 § 1 des Dekrets.

*Abschnitt 2 - Bezuschussungsbedingungen***Art. 15 - Bezuschussungsbedingungen**

Die Erteilung der Zuschüsse unterliegt folgenden Bedingungen:

1. die durch das Dekret festgelegten Bedingungen werden eingehalten;
2. der Arbeitsantritt oder der Beginn der in Artikel 9, 12 oder 13 des Dekrets erwähnten Maßnahme liegt innerhalb der Gültigkeitsdauer der Bescheinigung;
3. die Einstellung des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten erfolgt im Rahmen eines schriftlichen Arbeitsvertrags gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge, der eine Klausel enthält, die den AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten darüber aufklärt, dass die Kündigungsfrist gemäß Artikel 37/5 des vorerwähnten Gesetzes vom 3. Juli 1978 sieben Tage beträgt;
4. die Beschäftigung des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten ist im Einklang mit der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Sicherheit;
5. die Beschäftigung des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten erfolgt gemäß den Bestimmungen in Sachen Entlohnung und anderen Arbeitsbedingungen;
6. die Entlohnung oder andere außergesetzliche Vorteile des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten entsprechen dem, was ein Personalmitglied für die gleiche oder eine vergleichbare Funktion erhalten würde.

*Abschnitt 3 - Einstellungs- und Beschwerdeverfahren***Art. 16 - Einstellungsverfahren**

§ 1 - Zwecks Erhalt eines Zuschusses zur Einstellung von AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten reicht der Arbeitgeber in elektronischer oder in Papierform den Antrag beim Ministerium ein.

Der Antrag wird spätestens am 45. Tag ab dem Tag des Arbeitsantritts des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten eingereicht.

§ 2 - Das Ministerium überprüft die Zulässigkeit des Antrags.

Der Minister übermittelt dem Arbeitgeber seine Entscheidung innerhalb einer Frist von 15 Tagen nach Einreichen des Antrags.

Art. 17 - Beschwerdeverfahren

Der Arbeitgeber kann im Fall einer Verweigerung beim Minister Beschwerde einreichen.

Der Arbeitgeber übermittelt dem Minister die begründete Beschwerde mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb eines Monats nach Erhalt der Verweigerung.

Der Minister entscheidet innerhalb von 45 Tagen nach Erhalt der Beschwerde über die Erteilung der Zuschüsse.

*Abschnitt 4 - Bezuschussungsmodalitäten***Art. 18 - Zahlungsmodalitäten**

Im Falle einer günstigen Entscheidung des Ministers gemäß den Artikeln 16 und 17 werden die Zuschüsse monatlich als Vorschuss durch das Ministerium gezahlt.

Der erste Vorschuss wird aufgrund der im Antrag enthaltenen Angaben ausgezahlt. Die folgenden Vorschüsse werden aufgrund der im Gehaltsbeleg des vorherigen Monats enthaltenen Angaben ausgezahlt.

Der schriftliche Arbeitsvertrag wird dem Ministerium unmittelbar nach der in Artikel 16 oder 17 erwähnten Entscheidung übermittelt. Liegt dieser am Tag der ersten Vorschusszahlung nicht vor, wird der Zuschuss nicht als Vorschuss ausgezahlt.

Art. 19 - Gehaltsbelege

Der Arbeitgeber reicht die Gehaltsbelege spätestens innerhalb der ersten zwei Wochen nach Ablauf des Monats, auf den sie sich beziehen, beim Ministerium ein. Die Gehaltsbelege können ebenfalls elektronisch eingereicht werden.

Nach Ablauf dieser Frist wird der Zuschuss nicht mehr als Vorschuss ausgezahlt.

Nach Ablauf einer Frist von drei Monaten nach dem Monat, auf den sich die Gehaltsbelege beziehen, wird der betreffende Zuschuss nicht mehr ausgezahlt.

Art. 20 - Deckelung und Verrechnung mit anderen Interventionen

§ 1 - Der jährliche Gesamtbetrag der Zuschüsse kann die Summe der folgenden Beträge nicht übersteigen:

1. das Bruttogehalt des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten;

2. das Urlaubsgeld des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten;

3. die dem AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten aufgrund der anzuwendenden Gesetzgebung oder kollektiven Arbeitsabkommen zu zahlende Jahresendprämie oder vorgeschriebene Beteiligung an den Fahrtkosten zum Arbeitsplatz;

4. die durch den Arbeitgeber zugunsten des Landesamtes für soziale Sicherheit zu zahlenden Beträge.

Pro AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigtem wird der Zuschuss um den Betrag anderer öffentlicher Interventionen in den Lohnkosten gekürzt, wenn die Gesamtsumme der öffentlichen Interventionen den Gesamtbetrag der Lohnkosten überschreitet.

§ 2 - Der Arbeitgeber ist verpflichtet, das Ministerium unverzüglich über jegliche Änderung im Arbeitsverhältnis und jegliche Bewilligung öffentlicher Interventionen in den Lohnkosten des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten in Kenntnis zu setzen.

Art. 21 - Zu Unrecht gezahlte Zuschüsse

Zu Unrecht gezahlte Zuschüsse werden von dem Arbeitgeber noch zu zahlenden Beträgen einbehalten und gegebenenfalls zurückgefordert. Ein Zuschuss gilt als zu Unrecht ausgezahlt, wenn das Ministerium feststellt, dass der Arbeitgeber Zuschüsse erhalten hat, obwohl gemäß der Anwendung des Dekrets oder des vorliegenden Erlasses keine Auszahlung oder eine geringere Auszahlung hätte erfolgen sollen.

Art. 22 - Indexierung

Der Minister kann die Zuschüsse zum 1. Januar eines jeden Jahres im Rahmen der verfügbaren finanziellen Mittel anpassen, indem der Indexstand des Monats März des vorhergehenden Kalenderjahres durch den Indexstand des Monats März des vorletzten Kalenderjahres geteilt wird und mit dem zum Zeitpunkt der Indexierung gültigen Zuschuss multipliziert wird.

Als Grundlage für den Vergleich der Indexzahlen dient der Gesundheitsindex, wie er durch Königlichen Erlass vom 24. Dezember 1993 zur Ausführung des Gesetzes vom 6. Januar 1989 zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit des Landes eingeführt wurde.

KAPITEL 4 — *Besondere Zuschüsse*

Abschnitt 1 - Projektgebundene Stellen

Unterabschnitt 1 - Allgemeine Bestimmungen

Art. 23 - Begriffsbestimmung

Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts versteht man unter Zuschüsse die in Artikel 21 des Dekrets erwähnten AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse.

Art. 24 - Projektgebundene Stelle

Unter projektgebundener Stelle im Sinne von Artikel 20 des Dekrets versteht man Projekte, für deren Ausführung AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse unter Berücksichtigung der folgenden Kriterien gewährt werden:

1. der durch das Projekt gedeckte gesellschaftliche Bedarf im deutschen Sprachgebiet;
2. die finanzielle Tragbarkeit des Projektes, die anhand der bestehenden Bilanzen bis zu höchstens drei Jahre rückwirkend ab dem Antrag und anhand eines Finanzierungsplans für die Projektdauer zu bewerten ist;
3. die Berücksichtigung des Grundsatzes einer nachhaltigen Entwicklung;
4. die im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft erforderliche Prioritätsordnung der Projekte auf Grundlage der in den Nummern 1, 5 und 6 angeführten Kriterien;
5. der beschäftigungspolitische Mehrwert, der aus der Stellengenehmigung resultiert;
6. die Vereinbarkeit der Aktivitäten der Einrichtung mit der definierten Regierungspolitik;
7. die Bemühungen des Arbeitgebers, ohne gegen das Gesetz vom 27. Juni 1921 über die Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, die Stiftungen, die europäischen politischen Parteien und die europäischen politischen Stiftungen, zu verstoßen, Eigeneinnahmen zu erwirtschaften;
8. die Vorlage eines Gutachtens oder Inspektionsberichtes durch das Ministerium;
9. die überregionale Ausrichtung der Aktivitäten;
10. die Bindung der Existenz eines Arbeitgebers und/oder des Projektes an den Erhalt eines AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschusses oder die Existenzgefährdung der Einrichtung im Falle der Streichung eines oder mehrerer AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse;
11. die Aktivierung oder Unterstützung des Ehrenamtes;
12. die Konsolidierung des Bewährten;
13. die Vorlage und die konkrete Umsetzung eines arbeitsmarktorientierten Weiterbildungskonzeptes zugunsten des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten;
14. der innovative Charakter des Projektes.

Unterabschnitt 2 - Projektantragsverfahren

Art. 25 - Projektantrag

Für den Erhalt eines Zuschusses zur Einstellung von AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten reicht der Arbeitgeber anhand eines vom Ministerium zur Verfügung gestellten Formulars dort einen Projektantrag ein.

Der Projektantrag umfasst:

1. die Informationen zur Identifizierung des Arbeitgebers;
2. die Projektbeschreibung, die die in Artikel 24 erwähnten Elemente enthält;
3. die Anzahl beantragter Stellen;
4. einen Finanzierungsplan für die gesamte Projektdauer.

Art. 26 - Projektgenehmigung

Nach Überprüfung des Projektantrags durch das Ministerium entscheidet der Minister über den Antrag.

Das Ministerium übermittelt die Entscheidung dem Arbeitgeber.

Art. 27 - Projektverlängerung

Ein Jahr vor Ablauf der bewilligten Projektdauer kann ein Antrag auf Projektverlängerung gemäß den Artikeln 25 und 26 gestellt werden.

Art. 28 - Änderungen des Projektes

Der Arbeitgeber beantragt jegliche Abänderung des genehmigten Projekts, insbesondere was die zulässigen Aktivitäten betrifft, gemäß den Artikeln 25 und 26.

Wird ein ganztags beschäftigter AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigter durch mehrere Teilzeitkräfte ersetzt und umgekehrt, gilt dies nicht als Abänderung.

Unterabschnitt 3 - Bezuschussungsbedingungen

Art. 29 - Bezuschussungsbedingungen

Die Erteilung der Zuschüsse unterliegt folgenden Bedingungen:

1. die Einhaltung der in Artikel 15 festgelegten Bedingungen;
2. die Einstellung des AktiF- und AktiF PLUS-Berechtigten innerhalb von sechs Monaten ab dem ersten Tag des Monats nach der in Artikel 26 erwähnten Genehmigung.

Unterabschnitt 4 - Einstellungs- und Beschwerdeverfahren

Art. 30 - Einstellungs- und Beschwerdeverfahren

Das Verfahren zwecks Erhalt eines Zuschusses zur Einstellung von AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten sowie das Beschwerdeverfahren unterliegt den in den Artikeln 16 und 17 festgelegten Modalitäten.

Art. 31 - Ersetzung

Ein AktiF- und AktiF PLUS-Berechtigter, der seine Stelle verlassen hat, kann für den weiteren Erhalt der Zuschüsse ersetzt werden. Der Arbeitgeber wahrt den Anspruch auf einen gemäß Artikel 21 des Dekrets festgelegten Zuschuss, falls die Ersetzung innerhalb von sechs Monaten ab dem Abgangsdatum des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten erfolgt ist.

Unterabschnitt 5 - Bezuschussungsmodalitäten

Art. 32 - Zahlungsmodalitäten

Im Falle einer günstigen Entscheidung des Ministers gemäß Artikel 30 unterliegt die Bezuschussung den in Kapitel 3 Abschnitt 4 festgelegten Modalitäten.

Art. 33 - Nicht-Auszahlung an bestimmte Einrichtungen

In Abweichung von Artikel 32 findet keine Auszahlung der Zuschüsse statt, wenn es sich bei den Arbeitgebern um die in Artikel 2 Nummer 2 Buchstabe *a*) des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnten Einrichtungen handelt.

Art. 34 - Abtretung von AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten

Der genehmigte Zuschuss für die Beschäftigung eines AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten kann für die Weiterbeschäftigung des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten bei einem anderen in Artikel 19 des Dekrets erwähnten Arbeitgeber von diesem übernommen werden, insofern das Projektziel, für das der AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte weiterbeschäftigt wird, und die Aufgaben des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten bei dem neuen Arbeitgeber mit den bisherigen vergleichbar sind.

Der aktuelle Arbeitgeber teilt dem Minister mindestens 30 Tage vor der geplanten Übergabe schriftlich mit, dass er beabsichtigt, den AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten an einen anderen Arbeitgeber abzutreten. In diesem Schreiben erklärt er ausdrücklich, dass er auf die genehmigten Zuschüsse zugunsten des künftigen Arbeitgebers verzichtet. Gleichzeitig fügt er diesem Schreiben eine Erklärung des künftigen Arbeitgebers bei, in der dieser sich zur Beibehaltung der sozialen Vorteile, der Kündigungsfrist, des Gehaltes und des Dienstalters, die dem AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten bei dem vorherigen Arbeitgeber zustanden, verpflichtet. Insofern die arbeits- und sozialrechtlichen Vorteile des neuen Arbeitgebers vorteilhafter sind als die des ursprünglichen Arbeitgebers, verpflichtet sich der neue Arbeitgeber, diese ebenfalls dem übernommenen AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten zu gewähren.

Binnen 30 Tagen nach Erhalt des erwähnten Schreibens und der Erklärung entscheidet der Minister, ob und unter welchen Bedingungen der genehmigte Zuschuss für die Weiterbeschäftigung auf den künftigen Arbeitgeber übertragen werden kann.

Die im vorliegenden Artikel beschriebene Situation gilt nicht als Neueinstellung.

Abschnitt 2 - Konventionsstellen

Unterabschnitt 1 - Allgemeine Bestimmungen

Art. 35 - Begriffsbestimmung

Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts versteht man unter:

1. Arbeitgeber: die in Artikel 24 des Dekrets erwähnten Arbeitgeber;
2. Zuschüsse: die in Artikel 26 des Dekrets erwähnten AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse;
3. BVA-Zuschüsse: die Zuschüsse, die in Anwendung des Königlichen Erlasses Nummer 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einrichtung eines Systems für staatlich bezuschusstes Vertragspersonal bei gewissen lokalen Behörden, in seiner Fassung vom 31. Dezember 2018, gewährt wurden;
4. BVA: die in Artikel 2 Absatz 2 des Königlichen Erlasses Nummer 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einrichtung eines Systems für staatlich bezuschusstes Vertragspersonal bei gewissen lokalen Behörden, in seiner Fassung vom 31. Dezember 2018, definierten bezuschussten Vertragsarbeitnehmer.

Unterabschnitt 2 - Zweckbestimmung

Art. 36 - Beteiligung an den Lohn- und Gehaltskosten

Im Rahmen der Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft können die Arbeitgeber mittels eines Abkommens, das zwischen dem jeweiligen Arbeitgeber einerseits und dem Minister andererseits abgeschlossen wird, eine Beteiligung an den Lohn- und Gehaltskosten für die Beschäftigung von AktiF- und AktiF PLUS Berechtigten gemäß Artikel 38 oder 39 erhalten.

In Abweichung von Absatz 1 können Mehrgemeindepolizeizonen nur in den Genuss der Beteiligung an den Lohn- und Gehaltskosten für solche Arbeitnehmer gelangen, die zum nichtstatutarischen administrativen und logistischen Personal gemäß Artikel 118 des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes gehören.

Art. 37 - Abkommen bezüglich der Abtretungen

Im Falle einer Abtretung im Sinne von Artikel 28 des Dekrets führt das entsprechende Abkommen zwischen den Gemeinden und den anderen Arbeitgebern und dem Minister zumindest das durch die jeweiligen Gemeinden an die Arbeitgeber mit Tätigkeit in der jeweiligen Gemeinde abgetretene Budget auf, insofern keine anderslautende Stellungnahme des Empfängers der Abtretung zum Zeitpunkt des Einreichens des Abkommens beim Ministerium vorliegt.

In Abweichung von den Artikeln 38 und 39 können die Abkommen hinsichtlich der Abtretungen des Budgets der Gemeinde an andere Arbeitgeber einmal jährlich auf Basis eines spätestens zum 1. November zu stellenden Antrags der Gemeinde abgeändert werden.

Unterabschnitt 3 - Budget

Art. 38 - Gemeinden

§ 1 - Den Gemeinden steht im Rahmen eines erneuerbaren Abkommens, dessen Laufzeit höchstens fünf Jahre beträgt, ein jährliches Budget für die Beschäftigung von AktiF- und AktiF PLUS-Berechtigten zur Verfügung, das folgende Zuwendungen umfasst:

1. eine Basiszuwendung;
2. eine 1. Zusatzzuwendung;
3. eine 2. Zusatzzuwendung.

§ 2 - Die Regierung legt für die in § 1 Nummer 1 erwähnte Basiszuwendung im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ein Budget fest, das unter Berücksichtigung der effektiven Inanspruchnahme der BVA-Zuschüsse im Jahr 2015 durch die Gemeinden und die auf ihrem jeweiligen Gemeindegebiet befindlichen ÖSHZ verteilt wird.

Die in § 1 Nummer 2 erwähnte 1. Zusatzzuwendung entspricht pro Gemeinde einem Betrag von 7.345 Euro, der multipliziert wird mit der Anzahl der im Jahr 2015 auf Jahresbasis in vollzeitäquivalent ausgedrückten beschäftigten BVA in der jeweiligen Gemeinde und in den auf ihrem jeweiligen Gemeindegebiet befindlichen ÖSHZ. Diese 1. Zusatzzuwendung wird von der Regierung für die Dauer des in § 1 erwähnten Abkommens festgelegt.

Die Regierung legt für die in § 1 Nummer 3 erwähnte 2. Zusatzzuwendung im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ein Budget fest, das proportional zur Anzahl beim Arbeitsamt eingetragener nicht beschäftigter Arbeitsuchender mit Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet zwischen den Gemeinden aufgeteilt wird. Für diese Berechnung dient als Referenzmonat der Monat Dezember des vorletzten Jahres des Jahres, in dem das in § 1 erwähnte Abkommen beginnt.

Art. 39 - Mehrgemeindepolizeizonen, reine Interkommunalen, Gemeinderegionen

§ 1 - Mehrgemeindepolizeizonen, reine Interkommunalen und autonome Gemeinderegionen können zusätzlich zu dem von den jeweiligen Mitgliedsgemeinden gemäß dem Artikel 37 abgetretenen Budget im Rahmen eines erneuerbaren Abkommens, dessen Laufzeit höchstens fünf Jahre beträgt, ein jährliches Budget für die Beschäftigung von AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten erhalten, das eine Basiszuwendung und eine Zusatzzuwendung umfasst.

§ 2 - Die Regierung legt für die in § 1 erwähnte Basiszuwendung im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ein Budget fest, das unter Berücksichtigung der tatsächlichen Inanspruchnahme der BVA-Zuschüsse im Jahr 2015 durch den jeweiligen in Absatz 1 erwähnten Arbeitgeber mit Sitz im deutschen Sprachgebiet verteilt wird.

Die in § 1 erwähnte Zusatzzuwendung entspricht pro Arbeitgeber einem Betrag von 7.345 Euro, der multipliziert wird mit der Anzahl der im Jahr 2015 auf Jahresbasis in vollzeitäquivalent ausgedrückten beschäftigten BVA beim jeweiligen Arbeitgeber mit Sitz im deutschen Sprachgebiet. Diese Zusatzzuwendung wird von der Regierung für die Dauer des in Absatz 1 erwähnten Abkommens festgelegt.

Art. 40 - Indexierung des Budgets

Werden die Zuschüsse gemäß Artikel 22 indiziert, wird auch das gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts durch die Regierung festgelegte Budget für den jeweiligen Arbeitgeber nach der gleichen Formel von Rechts wegen angepasst.

Unterabschnitt 4 - Bezuschussungsbedingungen

Art. 41 - Bezuschussungsbedingungen

Die Erteilung der Zuschüsse unterliegt folgenden Bedingungen:

1. die Einhaltung der in Artikel 15 festgelegten Bedingungen;
2. die Bescheinigung wird spätestens am 45. Tag ab dem Tag des Arbeitsantritts beim Ministerium eingereicht.

Unterabschnitt 5 - Bezuschussungsmodalitäten

Art. 42 - Zahlungsmodalitäten

Die Zahlung des Zuschusses erfolgt in Form eines monatlichen Vorschusses durch das Ministerium.

Die Vorschusszahlungen erfolgen auf Grundlage von Leistungskoeffizienten, die vierteljährlich und spätestens innerhalb des Monats nach Ablauf des Trimesters, auf welches sie sich beziehen, elektronisch durch den Arbeitgeber beim Ministerium einzureichen sind. Die Leistungskoeffizienten werden monatlich berechnet und entsprechen der Anzahl tatsächlich bezahlter Arbeitstage oder -stunden geteilt durch die Anzahl zu bezahlender Arbeitstage oder -stunden des betreffenden Monats. Die so errechneten monatlichen Leistungskoeffizienten werden addiert und unter Berücksichtigung der Arbeitszeitregelung mit einem Zwölftel des Jahreszuschusses multipliziert.

Die monatlichen Vorschüsse entsprechen einem Zwölftel des gemäß den Artikeln 38, 39 und ggf. 40 festgelegten Budgets. Im Laufe des ersten Semesters des Jahres, das dem zu bezuschussenden Jahr folgt, erfolgt die definitive Verrechnung der ausgezahlten Vorschüsse.

Art. 43 - Nicht Einreichen der Leistungskoeffizienten

In Ermangelung der Einreichung der Leistungskoeffizienten wird nach Ablauf einer Frist von drei Monaten, nach dem Monat, auf den sich die Leistungskoeffizienten beziehen, der betreffende Zuschuss nicht mehr ausgezahlt.

Art. 44 - Deckelung und Verrechnung mit anderen Interventionen

Die Deckelung und die Verrechnung der Zuschüsse mit anderen Interventionen unterliegt der Anwendung von Artikel 20.

Unbeschadet der Anwendung von Absatz 1 werden im Falle einer Teilzeitbeschäftigung die in Artikel 26 des Dekrets angeführten Zuschüsse jeweils auf Grundlage der Arbeitsdauer im Verhältnis zu einer Vollbeschäftigungszeit beim betreffenden Arbeitgeber gekürzt.

Art. 45 - Zu Unrecht gezahlte Zuschüsse

Die Einbehaltung und Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Zuschüsse unterliegt der Anwendung von Artikel 21.

Art. 46 - Indexierung

Die Indexierung unterliegt der Anwendung von Artikel 22.

Art. 47 - Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel

Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann die Regierung die in Artikel 26 des Dekrets vorgesehenen Beträge mit einem Koeffizienten multiplizieren.

KAPITEL 5 — *Inverzugsetzung, Aussetzung und Aufhebung***Art. 48 - Inverzugsetzung**

Wenn das Ministerium feststellt, dass der Arbeitgeber eine oder mehrere der im Dekret oder im vorliegenden Erlass aufgeführten Verpflichtungen nicht einhält oder gegen deren Bestimmungen verstößt, setzt das Ministerium den Arbeitgeber in Verzug, diesen Verpflichtungen innerhalb von 30 Tagen nachzukommen und innerhalb derselben Frist Stellung zu den Vorwürfen zu beziehen.

Auf begründeten Antrag hin kann der Arbeitgeber spätestens zehn Tage vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist eine einmalige Verlängerung der Frist von höchstens 30 Tagen beim Ministerium beantragen.

Art. 49 - Aussetzung

Kommt der Arbeitgeber nach der in Artikel 48 erwähnten Inverzugsetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt der Minister nach einem Gutachten des Ministeriums die Auszahlung der Zuschüsse aus.

Vor der Aussetzung teilt der Minister dem betroffenen Arbeitgeber per Einschreiben seine Absicht mit. Der Arbeitgeber kann beim Minister innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand der Absichtserklärung eine mit Gründen versehene Stellungnahme einreichen.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Stellungnahme beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aussetzung der Auszahlung und die Dauer dieser Aussetzung.

Dieser Beschluss wird dem betroffenen Arbeitgeber unverzüglich übermittelt.

Art. 50 - Beschwerde gegen die Aussetzung

Der Arbeitgeber kann im Fall einer Aussetzung der Auszahlung bei der Regierung Beschwerde einreichen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Der Arbeitgeber übermittelt der Regierung die begründete Beschwerde mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb eines Monats, beginnend ab dem Tag der Notifizierung des Beschlusses zur Aussetzung.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 45 Tagen nach Erhalt der Beschwerde über die Zulässigkeit der Beschwerde.

Art. 51 - Aufhebung

Kommt der Arbeitgeber nach Ablauf der Dauer der in Artikel 49 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, kann der Minister nach einem Gutachten des Ministeriums die Auszahlung der Zuschüsse definitiv aufheben.

Vor der Aufhebung teilt der Minister dem betroffenen Arbeitgeber per Einschreiben seine Absicht mit. Der Arbeitgeber kann beim Minister innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand der Absichtserklärung eine mit Gründen versehene Stellungnahme einreichen.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Stellungnahme beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aufhebung.

Dieser Beschluss wird dem betroffenen Arbeitgeber unverzüglich übermittelt.

Art. 52 - Beschwerde gegen die Aufhebung

Der Arbeitgeber kann im Fall einer Aufhebung der Auszahlung gemäß den in Artikel 50 festgelegten Modalitäten Beschwerde gegen den betreffenden Beschluss einreichen.

Art. 53 - Ausschluss von der Gewährung von Zuschüssen

Unbeschadet der Anwendung von Artikel 35 und Kapitel 7 des Dekrets schließt das Vorliegen folgender Tatbestände den Arbeitgeber für höchstens fünf Jahre von der Gewährung der Zuschüsse aus:

1. das Vorliegen eines rechtskräftigen Aufhebungsbeschlusses;
2. die wiederholte Feststellung von Verstößen gegen das Dekret oder seine Ausführungsbestimmungen.

KAPITEL 6 — *Berichterstattung***Art. 54 - Berichterstattung**

§ 1 - Das Arbeitsamt übermittelt dem Ministerium mindestens jährlich für die in den Artikeln 35 und 37 des Dekrets erwähnte Kontrolle sowie für die in Artikel 43 des Dekrets erwähnte Berichterstattung folgende Informationen:

1. Angabe über die vom Arbeitsamt ausgestellten Bescheinigungen, aufgeschlüsselt nach dem Grund der Gewährung der AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse, und zwar:

- a) im Fall von AktiF-Berechtigten, ob es sich um die in Artikel 4, 5, 6 oder 7 des Dekrets erwähnten nichtbeschäftigten Arbeitssuchenden handelt;
- b) im Fall von AktiF PLUS-Berechtigten, aufgrund welcher der in Artikel 8 des Dekrets erwähnten Vermittlungshemmnisse die Bescheinigung ausgestellt wurde;
- c) ob die Bescheinigung aufgrund einer in Artikel 2 und/oder 3 erwähnten Gleichsetzung ausgestellt wurde;
- d) Angabe über das Ausbildungsniveau des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten;
- e) im Fall der Anwendung von Artikel 9, 12 oder 13 des Dekrets, um welche Maßnahme es sich handelt;
- f) die Gemeinde, in der sich der Wohnsitz des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten befindet;
- g) das Geburtsdatum des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten;

2. Angabe über die Personen, die sich im Berichterstattungsjahr nach Beendigung der AktiF- oder AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung erneut beim Arbeitsamt eingetragen haben, aufgeschlüsselt nach dem Grund der Gewährung der AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschüsse.

Das Arbeitsamt übermittelt dem Ministerium pro Bescheinigung die in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Informationen.

Wenn das Arbeitsamt dem Ministerium die in Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *b*) erwähnten Informationen bezüglich AktiF PLUS-Berechtigter, denen AktiF PLUS-Zuschüsse aufgrund von Artikel 10 gewährt werden, übermittelt, schlüsselt das Arbeitsamt ebenfalls auf, aufgrund welcher der in Artikel 10 erwähnten Bedingungen die AktiF PLUS-Zuschüsse gewährt wurden.

§ 2 - Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind das Ministerium, das Arbeitsamt und andere Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Erlasses beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

§ 3 - Das Ministerium und das Arbeitsamt, jeder für seinen Aufgabenbereich, sind für die Verarbeitung der in § 1 erwähnten personenbezogenen Daten verantwortlich und gelten als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutzgrundverordnung.

Das Ministerium und das Arbeitsamt verarbeiten personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung gesetzlicher oder dekretaler Aufträge, insbesondere was die in Kapitel 2 - 4 und Kapitel 6 - 7 des Dekrets aufgeführten Aufgaben betrifft, jeder für seinen Aufgabenbereich. Sie dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der Datenschutzgrundverordnung.

§ 4 - Die Daten dürfen höchstens während 10 Jahren nach ihrer Übermittlung an das Ministerium in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht. Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

KAPITEL 7 — *Schlussbestimmungen*

Art. 55 - Abänderungsbestimmung

Artikel 131^{quinquies} des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 21. Januar 2004 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 21. September 2004, wird aufgehoben.

Art. 56 - Abänderungsbestimmung

Artikel 4 des Königlichen Erlasses vom 3. Mai 1999 zur Ausführung von Artikel 7 § 1 Absatz 3 Buchstabe *m*) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer in Bezug auf die Wiedereingliederung sehr schwer zu vermittelnder Arbeitsloser, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 21. September 2004, wird aufgehoben.

Art. 57 - Abänderungsbestimmung

Artikel 6 des Königlichen Erlasses vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 24. Januar 2013 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. September 2017, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 6 - Die in Artikel 339 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 erwähnte Zielgruppenermäßigung kann wie folgt gewährt werden:

1. in Höhe des Pauschalbetrages G3 für die Arbeitnehmer, die am letzten Tag des Quartals mindestens das Alter von 55 Jahren erreicht haben;
2. in Höhe des Pauschalbetrages G2 für die Arbeitnehmer, die am letzten Tag des Quartals mindestens das Alter von 56 Jahren erreicht haben;
3. in Höhe des Pauschalbetrages G1 für die Arbeitnehmer, die am letzten Tag des Quartals mindestens das Alter von 59 Jahren erreicht haben;
4. in Höhe des Pauschalbetrages G8 für die Arbeitnehmer, die am letzten Tag des Quartals mindestens das Alter von 62 Jahren erreicht haben."

Art. 58 - Abänderungsbestimmung

In denselben Königlichen Erlass, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 1. März 2018, wird folgender Artikel 6/1 eingefügt:

"Art. 6/1 - Die in Artikel 339 Absatz 1 Nummer 3 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 erwähnte Lohngrenze liegt bei 13.942,47 Euro."

Art. 59 - Abänderungsbestimmung

Artikel 14 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 21. Januar 2004 und den Erlass der Regierung vom 28. September 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. in § 4 wird folgende Nummer 13 eingefügt:

"13. die Beschäftigungsperioden bei einem in Artikel 1 § 1 des Königlichen Erlass vom 3. Mai 1999 zur Ausführung von Artikel 7 § 1 Absatz 3 Buchstabe *m*) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer in Bezug auf die Wiedereingliederung sehr schwer zu vermittelnder Arbeitsloser erwähnten Arbeitgeber im Rahmen des Erlasses der Wallonischen Region vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern in seiner Fassung vom 31. Dezember 2017."

2. § 7 wird aufgehoben;

3. folgender § 8 wird eingefügt:

"§ 8 - Für die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer beschäftigen, die in den Anwendungsbereich des vorliegenden Artikels fallen und deren Arbeitsantritt nach dem 31. Dezember 2018 liegt, wird die im vorliegenden Artikel erwähnte Zielgruppenermäßigung nicht mehr gewährt."

Art. 60 - Abänderungsbestimmung

Artikel 14^{bis} Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 21. Januar 2004, wird aufgehoben.

Art. 61 - Aufhebungsbestimmung

Werden aufgehoben:

1. der Königliche Erlass vom 11. Juli 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten im System der sozialen Eingliederung, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 16. Mai 2003 und vom 1. April 2004;

2. der Königliche Erlass vom 14. November 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 16. Mai 2003 und vom 1. April 2004;

3. der Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2017 zur Festlegung der Basiszuwendung und der Zusatzzuwendungen in Ausführung des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen.

Art. 62 - Übergangsbestimmung

Die Anträge der Arbeitskarten und die Anträge der Abänderungen der Arbeitskarten gemäß den Bedingungen des Königlichen Erlasses vom 19. Dezember 2001 zur Förderung der Beschäftigung Langzeitarbeitssuchender und des Königlichen Erlasses vom 29. März 2006 zur Ausführung von Artikel 7 § 1 Absatz 3 Buchstabe *m*) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer zur Förderung der Beschäftigung von geringqualifizierten oder sehr geringqualifizierten Jugendlichen, in ihrer jeweiligen Fassung vom 31. Dezember 2018, von Arbeitnehmern, die vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses eingestellt wurden, sind spätestens am 30. Juni 2019 einzureichen. Nach diesem Datum verliert der Arbeitnehmer das Anrecht auf die in den vorerwähnten Königlichen Erlassen vorgesehenen Aktivierungen.

Art. 63 - Übergangsbestimmung

Für die Arbeitnehmer, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses liegt, wird die in Artikel 4 des Königlichen Erlasses vom 3. Mai 1999 zur Ausführung von Artikel 7 § 1 Absatz 3 Buchstabe *m*) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer in Bezug auf die Wiedereingliederung sehr schwer zu vermittelnder Arbeitsloser und die in Artikel 131quinquies des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit erwähnte Wiedereingliederungszulage weiterhin gewährt.

Art. 64 - Übergangsbestimmung

Arbeitnehmer, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses gemäß den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 3. Mai 1999 zur Ausführung von Artikel 7 § 1 Absatz 3 Buchstabe *m*) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer in Bezug auf die Wiedereingliederung sehr schwer zu vermittelnder Arbeitsloser eingestellt wurden, müssen im Besitz einer Bescheinigung des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung sein, die spätestens am 30. Juni 2019 beantragt wurde und die bescheinigt, dass der Arbeitnehmer die in Artikel 14 §§ 1 bis 3 des Königlichen Erlasses vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmsgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge festgelegten Bedingungen erfüllt. Nach diesem Datum verliert der Arbeitnehmer das Anrecht auf die in den vorerwähnten Königlichen Erlassen erwähnten Aktivierungen.

Art. 65 - Übergangsbestimmung

Für die Arbeitnehmer, deren Arbeitsantritt vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses liegt, werden den Arbeitgebern weiterhin die finanziellen Interventionen der öffentlichen Sozialhilfezentren gemäß den im Königlichen Erlass vom 11. Juli 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten im System der sozialen Eingliederung, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird, und den im Königlichen Erlass vom 14. November 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe, der im Rahmen einer Initiative zur sozialen Eingliederung beschäftigt wird, erwähnten Bedingungen gewährt.

Art. 66 - Übergangsbestimmung

Der Arbeitnehmer, der am 31. Dezember 2018 58 Jahre alt ist und an diesem Tag das Anrecht auf eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge in Anwendung vom Artikel 339 des Programmsgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Höhe des in Artikel 336 desselben Gesetzes erwähnten Pauschalbetrages G1 eröffnen kann, kommt bis zum letzten Tag des Quartals, das dem Quartal vorausgeht, in dem er das Alter von 59 Jahren erreicht, in den Genuss dieser Senkung der Sozialversicherungsbeiträge.

Art. 67 - Übergangsbestimmung

Artikel 13 des Dekrets ist anwendbar auf Personen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Dekrets einer in Artikel 14 erwähnten Ausbildungsmaßnahme folgen und die nachweisen, dass sie am Vortag des Beginns dieser Ausbildungsmaßnahme die AktiF- oder AktiF PLUS-Zuschussbedingungen erfüllten, insofern sie im Anschluss beim selben Arbeitgeber beschäftigt werden.

Art. 68 - Inkrafttreten

Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2019 in Kraft, mit Ausnahme von Artikel 59 Absatz 1 Nummer 1, der am Tag der Verabschiedung in Kraft tritt.

Art. 69 - Durchführungsbestimmung

Der für Beschäftigung zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 28. September 2018

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin
Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2018/205606]

28 SEPTEMBRE 2018. — Arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 20;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 7;

Vu la loi-programme (I) du 24 décembre 2002, l'article 339, modifié en dernier lieu par le décret du 28 mai 2018;

Vu le décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, l'article 3, alinéa 2, l'article 4, alinéa 3, l'article 5, alinéa 2, l'article 6, alinéa 2, l'article 7, alinéa 2, l'article 8, alinéa 3, l'article 9, l'article 11, § 4, l'article 13, § 1^{er} et 4, l'article 14, § 3, l'article 16, alinéa 2, l'article 17, alinéa 2, l'article 18, alinéa 2, l'article 20, alinéa 2, l'article 21, § 4, l'article 22, l'article 23, alinéa 2, l'article 25, l'article 26, § 4, l'article 33, l'article 34, § 3, l'article 35, alinéas 1^{er} et 3, l'article 36, alinéa 2, l'article 43, l'article 53 et l'article 59, alinéa 2;

Vu l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

Vu l'arrêté royal du 3 mai 1999 portant exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, *m*), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs relatif à la réinsertion de chômeurs très difficiles à placer;

Vu l'arrêté royal du 11 juillet 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à l'intégration sociale mis au travail dans une initiative d'insertion sociale;

Vu l'arrêté royal du 14 novembre 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à une aide sociale financière mis au travail dans un programme de transition professionnelle;

Vu l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 2017 portant fixation de la dotation de base et des dotations supplémentaires en exécution de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés;

Vu le protocole n° S5/2018 du Comité de secteur XIX de la Communauté germanophone du 8 mai 2018;

Vu la demande de concertation introduite le 26 avril 2018 auprès du ministre fédéral de l'Emploi en application de l'article 6, § 3*bis*, 1°, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles; considérant qu'aucun avis n'a été émis dans les trente jours;

Vu l'avis de l'Office national de sécurité sociale, donné le 24 mai 2018;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 11 juin 2018;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 12 juin 2018;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 63.843/2/V, donné le 13 août 2018, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant l'avis du Conseil économique et social, donné le 22 mai 2018;

Considérant l'avis du Service public fédéral de programmation Intégration sociale, donné le 30 mai 2018;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Emploi;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1^{er}. — Dispositions générales**Article 1^{er}** - Définitions

Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1° décret : le décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi;

2° ministre : le ministre du Gouvernement de la Communauté germanophone compétent pour l'Emploi;

3° ministère : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière d'Emploi.

Pour l'application des chapitres 1^{er} à 4 et de l'article 59, il faut entendre par « entrée en service », le jour où :

1° le bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS est réellement engagé;

2° un contrat de travail écrit est conclu;

3° la déclaration correspondante au sens de l'article 4 de l'arrêté royal du 5 novembre 2002 instaurant une déclaration immédiate de l'emploi, en application de l'article 38 de la loi du 26 juillet 1996 portant modernisation de la sécurité sociale et assurant la viabilité des régimes légaux des pensions, est introduite.

Art. 2 - Personnes assimilées à des demandeurs d'emploi inoccupés

Les anciens frontaliers, non occupés, au sens du règlement (CE) n° 883/2004 du Parlement européen et du Conseil du 29 avril 2004 portant sur la coordination des systèmes de sécurité sociale sont assimilés à des demandeurs d'emploi inoccupés au sens de l'article 3, 3°, du décret s'ils :

1° sont inscrits comme demandeurs d'emploi auprès de l'Office de l'emploi;

2° ne sont pas soumis à l'obligation scolaire;

3° n'ont pas atteint l'âge légal de la retraite.

Art. 3 - Périodes assimilées à la durée de l'inscription auprès de l'Office de l'emploi

Sont assimilées à la durée de l'inscription auprès de l'Office de l'emploi mentionnée à l'article 3, 4°, du décret les périodes suivantes :

1° la période au cours de laquelle le demandeur d'emploi est inscrit en tant que tel auprès de l'autorité compétente d'une autre entité fédérée et où il est inoccupé;

2° la période, située dans une période d'inscription auprès de l'Office de l'emploi, au cours de laquelle le demandeur d'emploi est lié par un contrat de travail, se trouve dans une relation statutaire ou exerce une activité d'indépendant à titre principal, dans la mesure où la durée totale de cette période ne dépasse pas trente jours;

3° la période, située dans une période d'inscription auprès de l'Office de l'emploi, qui a donné lieu au paiement d'une indemnité en application des dispositions légales et réglementaires en matière d'assurance obligatoire contre la maladie et l'invalidité ou d'assurance maternité;

4° la période au cours de laquelle est perçu le revenu d'intégration en application de la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale;

5° la période qui a donné lieu au paiement de l'aide sociale financière pour les personnes qui, en raison de leur nationalité, n'ont pas droit au revenu d'intégration et sont inscrites dans le registre de la population ou dans celui des étrangers;

6° la période de détention ou d'emprisonnement située dans une période d'inscription auprès de l'Office de l'emploi;

7° la période d'occupation en application de l'article 60, § 7, de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale;

8° la période au cours de laquelle le demandeur d'emploi exécute un contrat de travail ALE conformément à la loi du 7 avril 1999 relative au contrat de travail ALE;

9° la période au cours de laquelle est suivie l'une des formations organisées ou reconnues par l'Office de l'emploi ou l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée et dont le ministre fixe la liste;

10° une période de douze mois maximum pour les demandeurs d'emploi inoccupés qui n'étaient pas inscrits comme demandeurs d'emploi, étant donné qu'ils ont interrompu volontairement leur carrière pour s'occuper de l'éducation de leurs enfants ou prendre en charge des proches en situation de dépendance ou de manque d'autonomie, et qui se réinsèrent sur le marché de l'emploi;

11° la période d'occupation dans le cadre de l'économie sociale d'insertion au cours de laquelle le demandeur d'emploi a droit à la réduction pour groupe cible mentionnée à l'article 14 de l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale;

12° la période au cours de laquelle le demandeur d'emploi inoccupé a été dispensé de l'obligation de disponibilité mentionnées aux articles 89 et 90 de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage.

Le Ministre peut limiter la période à assimiler, mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 9^o, pour toutes les formations professionnelles ou pour certaines seulement.

Art. 4 - Durée de validité de l'attestation

La durée de validité de l'attestation est fixée à quatre mois.

L'attestation mentionne l'une des dates de validité suivantes :

1° la date à laquelle l'attestation a été établie auprès de l'Office de l'emploi, si le demandeur d'emploi inoccupé n'a pas encore été engagé;

2° la date de l'entrée en service ou du début d'une mesure mentionnée aux articles 9, 12 ou 13 du décret.

L'attestation est demandée auprès de l'Office de l'emploi au plus tard le 20^e jour suivant la date visée au 2^o.

Le ministre fixe, sur proposition de l'Office de l'emploi, le modèle de l'attestation.

Si une nouvelle attestation est demandée pendant la période de validité de l'ancienne, un duplicata avec la même validité que celle de l'ancienne attestation est délivré.

L'Office de l'emploi peut délivrer d'office une attestation à un demandeur d'emploi non occupé s'il dispose de toutes les informations nécessaires pour établir clairement que le demandeur d'emploi inoccupé est bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS.

L'Office de l'emploi peut transmettre une copie de l'attestation à des tiers, dans la mesure où ceux-ci peuvent faire valoir un intérêt légitime.

Art. 5 - Mesures en faveur de l'emploi

Les mesures en faveur de l'emploi, visées à l'article 16 du décret, sont :

1° la mesure prévue à l'article 60, § 7, de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale;

2° la mesure prévue dans l'arrêté du Gouvernement du 26 avril 1994 promouvant l'occupation de personnes handicapées sur le marché libre du travail;

3° la mesure prise dans le cadre de l'économie sociale d'insertion au cours de laquelle le demandeur d'emploi avait droit à la réduction pour groupe cible mentionnée à l'article 14 de l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale, à l'exception des travailleurs auxquels s'applique l'article 14, § 1^{er}, 3^o, § 2, 3^o, et § 3, 3^o, du même arrêté;

4° les mesures prévues aux articles 55, 57, 58 et 61 du décret;

5° les mesures AktiF ou AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, prévues dans le cadre du décret.

Art. 6 - Nouveaux engagements

§ 1^{er} - Par nouvel engagement au sens des articles 21 et 26 du décret, il faut entendre l'entrée en service d'un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS, dans la mesure où il n'était pas, dans une période d'une année, occupé auprès du même employeur ou d'un établissement lié à ce dernier; cela ne s'applique pas aux travailleurs qui étaient occupés auprès du même employeur ou d'un établissement lié à ce dernier dans le cadre de l'une des mesures favorisant l'emploi mentionnées à l'article 5.

§ 2 - Si un travailleur est occupé auprès d'un employeur dans le cadre du décret et a été - après une période d'interruption - à nouveau occupé auprès du même employeur dans un délai d'un an, cette période d'interruption est assimilée à une période d'occupation pour calculer les périodes mentionnées aux articles 11, 21 et 26 du décret et le montant des subventions.

L'article 5, 5^o, ne s'applique pas lorsque la durée d'octroi des subventions AktiF ou AktiF PLUS fixée à l'article 11, § 1^{er}, a expiré.

Dans le cas du premier alinéa, le transfert entre les champs d'application des chapitres 3 et 4 du décret, conformément à l'article 30 du décret, n'est pas possible.

§ 3 - Pour l'application du chapitre 4, section 2, du décret, une nouvelle attestation n'est pas nécessaire si la période d'interruption mentionnée au § 2 a duré moins de deux mois.

Art. 7 - Incompatibilités

Les subventions AktiF ou AktiF PLUS ne peuvent être cumulées avec les subventions liquidées en application de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif aux agents contractuels subventionnés affectés à l'exploitation des parcs à conteneurs.

Les subventions AktiF ou AktiF PLUS ne peuvent être cumulées avec l'aide prévue aux articles 12bis à 12septies de l'arrêté royal n° 25 du 24 mars 1982 créant un programme de promotion de l'emploi dans le secteur non-marchand.

CHAPITRE 2. — *Conditions de subventionnement**Section 1^{re} - Bénéficiaires des mesures AktiF***Art. 8 - Perte d'emploi involontaire**

Par « perdre son emploi involontairement » au sens de l'article 5 du décret, il faut entendre :

- 1° la perte de l'emploi en raison d'un licenciement par le dernier employeur;
- 2° la non-prolongation d'un contrat de travail à durée déterminée;
- 3° la perte de l'emploi pour des raisons sanitaires et/ou psychologiques constatées officiellement;
- 4° la fin de l'activité indépendante à la suite d'une faillite.

S'il s'agit d'un demandeur d'emploi âgé au sens de l'article 5 du décret, la demande sera accompagnée d'une déclaration sur l'honneur confirmant qu'il a involontairement perdu son dernier emploi.

Par dérogation à l'alinéa 2, le travailleur âgé qui, la veille de l'établissement de l'attestation ou de son entrée en fonction, était chômeur indemnisé en application de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage ou apporte la preuve de raisons sanitaires et/ou psychologiques constatées officiellement est dispensé de l'obligation d'introduire cette déclaration sur l'honneur.

À la demande de l'Office de l'emploi ou du ministère, les raisons mentionnées à l'alinéa 1^{er} sont prouvées par des pièces justificatives utiles.

Art. 9 - Conditions supplémentaires mises à l'obtention de la subvention AktiF pour les victimes de restructurations

Pour pouvoir bénéficier d'une subvention AktiF conformément à l'article 7 du décret :

1° le demandeur d'emploi inoccupé est en possession de la « carte de réduction restructurations » mentionnée à l'article 15/1 de l'arrêté royal du 9 mars 2006 relatif à la gestion active des restructurations;

2° le demandeur d'emploi inoccupé est porteur, au plus, d'un titre de formation mentionné à l'article 4, § 1^{er}, 2°, du décret.

*Section 2 - Bénéficiaires des mesures AktiF PLUS***Art. 10 - Réduction de la capacité de travail**

Est considéré comme ayant une capacité de travail réduite au sens de l'article 8, alinéa 2, 1°, du décret le demandeur d'emploi inoccupé qui :

1° remplit les conditions médicales pour pouvoir prétendre à une allocation de remplacement de revenus ou à une allocation d'intégration dans le cadre de la législation relative aux personnes handicapées;

2° était occupé auprès d'un atelier protégé ou social en tant que travailleur d'un groupe cible;

3° a droit à des prestations familiales majorées en raison d'une incapacité physique ou mentale d'au moins 66 % ;

4° possède une attestation délivrée par la Direction générale des personnes handicapées du Service public fédéral Sécurité sociale et octroyant des avantages sociaux et fiscaux;

5° montre une incapacité permanente d'au moins 33 %, qu'un médecin agréé par l'Office national de l'emploi a constatée, conformément à la procédure prévue à l'article 141 de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

6° est classé comme éloigné du marché du travail par l'Office de l'emploi en raison d'une combinaison de facteurs psycho-médico-sociaux affectant sa santé et/ou son intégration sociale et donc son intégration professionnelle de manière telle qu'il ne sera plus en mesure, dans les douze prochains mois, de participer au circuit économique habituel ou de travailler dans le cadre d'un travail accompagné et adapté;

7° montre une incapacité permanente qu'un médecin agréé par l'Office de l'emploi a constatée et qui correspond au pourcentage mentionné au 5°;

8° bénéficie, dans le cadre des missions mentionnées à l'article 11, § 1^{er}, 2° et 3°, du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, d'un plan de soutien de cet Office.

Art. 11 - Test pour déterminer le niveau de langue

Pour l'application de l'article 8, alinéa 2, 4°, du décret, l'Office de l'emploi organise un test pour déterminer le niveau de langue du demandeur d'emploi, si celui-ci n'est porteur ni d'un diplôme ou certificat officiel de maîtrise de la langue attestant qu'il a au moins le niveau de langue B1 en allemand, ni d'un diplôme ou certificat susmentionné attestant qu'il a au moins le niveau de langue B1 en français.

La durée de validité des résultats du test ou d'un diplôme certifiant un niveau de langue inférieur est de vingt-quatre mois.

Art. 12 - Mesures d'intégration socioprofessionnelle

Les mesures d'intégration socioprofessionnelle mentionnées à l'article 9 consistent en des mesures préparatoires et des mesures d'intégration.

Le ministre fixe la liste des mesures mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

CHAPITRE 3. — *Subventions générales**Section 1^{re} - Dispositions communes***Art. 13 - Définition**

Pour l'application du présent chapitre, il faut entendre par « subventions » les subventions AktiF ou AktiF PLUS mentionnées aux articles 11 ou 13 du décret.

Art. 14 - Mesures de formation

Les mesures de formation visées à l'article 13, § 1^{er}, du décret sont :

1° la formation individuelle dans une entreprise mentionnée au chapitre IV de l'arrêté de l'Exécutif du 12 juin 1985 relatif à l'octroi de certains avantages aux personnes recevant une formation professionnelle;

2° le stage de transition prévu au chapitre 4.1 du même arrêté;

3° la formation en entreprise mentionnée dans l'arrêté du Gouvernement du 10 septembre 1993 instaurant et réglant un système de formation en entreprise en vue de préparer l'intégration professionnelle de personnes handicapées;

4° l'apprentissage mentionné à l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME;

5° l'apprentissage industriel mentionné dans la loi du 19 juillet 1983 relative à l'apprentissage industriel.

Les mesures prises par d'autres entités, ayant un objectif équivalent ou organisées d'une manière comparable aux mesures mentionnées au premier alinéa, sont aussi considérées comme des mesures de formation au sens de l'article 13, § 1^{er}, du décret.

*Section 2 - Conditions de subventionnement***Art. 15 - Conditions de subventionnement**

L'octroi de subventions est soumis aux conditions suivantes :

1° les conditions fixées par le décret sont respectées;

2° l'entrée en service ou le début de la mesure mentionnée aux articles 9, 12 ou 13 du décret se situent pendant la durée de validité de l'attestation;

3° l'engagement du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS s'effectue dans le cadre d'un contrat écrit, conclu conformément aux dispositions de la loi du 3 juillet 1978 sur les contrats de travail, contenant une clause informant ledit bénéficiaire que la période de préavis est de sept jours conformément à l'article 37/5 de la loi du 3 juillet 1978 susmentionnée;

4° l'occupation du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS est en conformité avec l'ordre public et la sécurité publique;

5° l'occupation du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS s'effectue conformément aux dispositions en matière de rémunération et à d'autres conditions de travail;

6° la rémunération ou d'autres avantages extralégaux du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS correspondent à ce qu'un membre du personnel pourrait obtenir pour la même fonction ou une fonction similaire.

*Section 3 - Procédures d'engagement et de recours***Art. 16 - Procédure d'engagement**

§ 1^{er} - En vue d'obtenir une subvention pour l'engagement de bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS, l'employeur introduit la demande auprès du ministère, sous format électronique ou papier.

La demande est introduite au plus tard le 45^e jour à dater de l'entrée en service du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS.

§ 2 - Le ministère examine la recevabilité de la demande.

Le ministre communique sa décision à l'employeur dans les quinze jours suivant l'introduction de la demande.

Art. 17 - Procédure de recours

En cas de refus, l'employeur peut introduire un recours auprès du ministre.

L'employeur communique au ministre le recours motivé avec tous les documents pertinents, par lettre recommandée ou contre accusé de réception, dans le mois suivant la réception du refus.

Le ministre statue sur l'octroi de subventions dans un délai de quarante-cinq jours à compter de la réception du recours.

*Section 4 - Modalités de subventionnement***Art. 18 - Modalités de liquidation**

En cas de décision favorable du ministre conformément aux articles 16 et 17, les subventions sont liquidées mensuellement par le ministère en tant qu'avances.

La première avance est liquidée d'après les données figurant dans la demande. Les suivantes le sont d'après les données contenues dans les justificatifs de traitement se rapportant au mois précédent.

Le contrat de travail écrit est transmis au ministère immédiatement après la décision mentionnée à l'article 16 ou 17. S'il n'a pas été transmis au jour de la première avance, la subvention n'est pas liquidée en tant qu'avance.

Art. 19 - Justificatifs de traitement

L'employeur introduit les justificatifs de traitement auprès du ministère dans les deux premières semaines suivant le mois auquel ils se rapportent. Les justificatifs de traitement peuvent également être introduits par voie électronique.

Au terme de ce délai, la subvention n'est plus liquidée sous forme d'avance.

Au terme d'un délai de trois mois suivant celui auquel se rapportent les justificatifs de traitement, la subvention n'est plus liquidée.

Art. 20 - Plafond et décompte d'autres interventions

§ 1^{er} - Le montant total annuel des subventions ne peut pas dépasser la somme des montants suivants :

1° le traitement brut du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS;

2° le pécule de vacances du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS;

3° la prime de fin d'année à payer au bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS en vertu de la législation ou de la convention collective à appliquer ou l'intervention prescrite dans les frais de transport vers le lieu de travail;

4° les montants à verser par l'employeur en faveur de l'Office national de sécurité sociale.

Pour chaque bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS, la subvention est réduite du montant d'autres interventions publiques dans les coûts salariaux si la somme de toutes ces interventions dépasse le montant total des coûts salariaux.

§ 2 - L'employeur est obligé d'informer sans délai le ministère de tout changement intervenu au niveau du régime de travail et de toute intervention publique dans les coûts salariaux du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS.

Art. 21 - Subventions liquidées indûment

Les subventions liquidées indûment sont retenues sur les montants restant dus à l'employeur et récupérées le cas échéant. Une subvention est réputée liquidée indûment lorsque le ministère constate que l'employeur a reçu des subventions bien qu'en application du décret ou du présent arrêté, aucune liquidation n'aurait dû avoir lieu, ou alors une liquidation réduite.

Art. 22 - Indexation

Le Ministre peut, au 1^{er} janvier de chaque année, adapter les subventions dans la limite des moyens financiers disponibles, en divisant l'indice du mois de mars de l'année calendrier précédente par l'indice du mois de mars de l'avant-dernière année calendrier et en le multipliant par la subvention valable au moment de l'indexation.

L'indice-santé tel qu'établi par l'arrêté royal du 24 décembre 1993 portant exécution de la loi du 6 janvier 1989 de sauvegarde de la compétitivité du pays sert de base pour comparer les indices.

CHAPITRE 4. — *Subventions spécifiques*

Section 1^{re} - Postes liés à des projets

Sous-section 1^{re} - Dispositions générales

Art. 23 - Définition

Pour l'application de la présente section, il faut entendre par « subventions » les subventions AktiF ou AktiF PLUS mentionnées à l'article 21 du décret.

Art. 24 - Poste lié à un projet

Par « poste lié à un projet » au sens de l'article 20 du décret, il faut entendre des projets pour l'exécution desquels des subventions AktiF ou AktiF PLUS sont accordées en tenant compte des critères suivants :

- 1° le taux de couverture du projet par rapport au besoin social en région de langue allemande;
- 2° la viabilité financière du projet, évaluée en se basant sur les bilans de maximum trois années précédant la demande et sur le plan de financement pour la durée du projet;
- 3° le respect des principes d'un développement durable;
- 4° l'ordre de priorité des projets, imposé par la limite des crédits budgétaires libérés par la Communauté germanophone et établi sur la base des critères mentionnés aux 1°, 5° et 6°;
- 5° la plus-value, au niveau de la politique de l'emploi, qui résulte de l'autorisation du poste;
- 6° la compatibilité des activités de l'établissement avec la politique gouvernementale définie;
- 7° les efforts de l'employeur pour générer des ressources propres dans le respect de la loi du 27 juin 1921 sur les associations sans but lucratif, les fondations, les partis politiques européens et les fondations politiques européennes;
- 8° la présentation d'un avis ou rapport d'expertise par le ministère;
- 9° l'orientation transrégionale des activités;
- 10° la liaison de l'existence d'un employeur et/ou du projet à l'obtention d'une subvention AktiF ou AktiF PLUS ou la menace sur la pérennité de l'institution en cas de la suppression d'une ou de plusieurs subventions AktiF ou AktiF PLUS;
- 11° l'activation ou le soutien du bénévolat;
- 12° la consolidation de bonnes pratiques;
- 13° la présentation et la mise en œuvre concrète d'un concept de formation continuée, orienté sur le marché du travail, au profit du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS;
- 14° le caractère novateur du projet.

Sous-section 2 - Procédure de demande relative à un projet

Art. 25 - Demande relative à un projet

Pour obtenir une subvention en vue de recruter un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS, l'employeur introduit auprès du ministère une demande relative à un projet, et ce, au moyen d'un formulaire mis à disposition par celui-ci.

La demande comprend :

- 1° les informations relatives à l'identité de l'employeur;
- 2° la description du projet, laquelle reprend les éléments mentionnés à l'article 24;
- 3° le nombre d'emplois demandé;
- 4° un plan de financement pour toute la durée du projet.

Art. 26 - Approbation du projet

Le ministre statue sur la demande après vérification par le ministère.

Le ministère communique la décision à l'employeur.

Art. 27 - Prolongation du projet

Une demande de prolongation peut être introduite, conformément aux articles 25 et 26, un an avant l'expiration de la durée initialement autorisée pour le projet.

Art. 28 - Modifications apportées au projet

L'employeur demande toute modification du projet approuvé, notamment en ce qui concerne les activités autorisées, conformément aux articles 25 et 26.

Si un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS occupé à temps plein est remplacé par plusieurs temps partiel et vice-versa, cela ne constitue pas une modification.

Sous-section 3 - Conditions de subventionnement

Art. 29 - Conditions de subventionnement

L'octroi de subventions est soumis aux conditions suivantes :

- 1° le respect des conditions fixées à l'article 15;
- 2° le recrutement du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS dans un délai de six mois à partir du premier jour du mois suivant l'approbation mentionnée à l'article 26.

Sous-section 4 - Procédures d'engagement et de recours

Art. 30 - Procédures d'engagement et de recours

La procédure en vue d'obtenir une subvention pour recruter un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS, ainsi que la procédure de recours sont soumises aux modalités fixées aux articles 16 et 17.

Art. 31 - Remplacement

Un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS qui a quitté son emploi peut être remplacé pour continuer à bénéficier de la subvention. L'employeur conserve son droit à la subvention fixée conformément à l'article 21 du décret si le remplacement intervient dans les six mois suivant le départ du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS.

Sous-section 5 - Modalités de subventionnement

Art. 32 - Modalités de liquidation

En cas de décision favorable du ministre conformément à l'article 30, la subvention est soumise aux modalités fixées au chapitre 3, section 4.

Art. 33 - Non-liquidation à certains organismes

Par dérogation à l'article 32, les subventions ne sont pas liquidées si les employeurs sont des organismes mentionnés à l'article 2, 2°, a), du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Art. 34 - Cession de bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS

La subvention approuvée pour l'occupation d'un bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS peut être reprise, pour le maintien en service dudit bénéficiaire, par un autre employeur mentionné à l'article 19 du décret, pour autant que l'objectif du projet pour lequel ledit bénéficiaire est maintenu en service et les tâches qu'il accomplit auprès de ce nouvel employeur soient comparables à ceux de son précédent poste.

L'employeur actuel informe le ministre par écrit, au moins trente jours avant la remise prévue, qu'il envisage de transférer à un autre employeur le bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS. Dans sa lettre, il explique expressément qu'il renonce aux subventions approuvées au profit du futur employeur. Parallèlement, il joint une déclaration du futur employeur dans laquelle celui-ci s'engage à maintenir les avantages sociaux, le préavis, le traitement et l'ancienneté auxquels le bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS pouvait prétendre auprès de son ancien employeur. Si le nouvel employeur propose de meilleurs avantages liés au droit du travail et au droit social par rapport à l'ancien, il s'engage à les accorder également au bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS transféré.

Le ministre décide, dans les trente jours qui suivent la réception de la lettre et de la déclaration susmentionnées, si la subvention approuvée pour le maintien en service peut être transférée au futur employeur et dans quelles conditions.

La situation décrite dans le présent article ne constitue pas un nouvel engagement.

Section 2 - Emplois réglés par une convention

Sous-section 1^{re} - Dispositions générales**Art. 35 - Définitions**

Pour l'application de la présente section, il faut entendre par :

- 1° employeurs : les employeurs mentionnés à l'article 24 du décret;
- 2° subventions : les subventions AktiF ou AktiF PLUS mentionnées à l'article 26 du décret;
- 3° subventions T.C.S. : les subventions accordées en application de l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'État auprès de certains pouvoirs locaux, dans sa version au 31 décembre 2018;
- 4° T.C.S. : les travailleurs contractuels subventionnés, définis à l'article 2, alinéa 2, de l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'État auprès de certains pouvoirs locaux, dans sa version au 31 décembre 2018.

Sous-section 2 - Affectation

Art. 36 - Participation aux frais de salaire et de traitement

Dans la limite des crédits budgétaires de la Communauté germanophone, les employeurs peuvent, par le biais d'une convention conclue entre l'employeur concerné, d'une part, et le ministre, d'autre part, obtenir une intervention dans les frais de salaire et de traitement pour l'occupation de bénéficiaires des mesures AktiF et AktiF PLUS, conformément aux articles 38 ou 39.

Par dérogation au premier alinéa, les zones pluricommunales de police locale ne peuvent bénéficier du droit à l'intervention dans les frais de salaire et de traitement que pour des travailleurs qui appartiennent au personnel administratif et logistique non statutaire conformément à l'article 118 de la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux.

Art. 37 - Conventions portant sur les cessions

En cas de cession au sens de l'article 28 du décret, la convention concernée, conclue entre les communes et les autres employeurs et le ministre reprend au moins le budget cédé par les différentes communes aux employeurs actifs dans la commune concernée, dans la mesure où le bénéficiaire de la cession n'a pas remis d'avis contraire au moment de l'introduction de la convention auprès du ministère.

Par dérogation aux articles 38 et 39, les conventions relatives à la cession du budget de la commune à d'autres employeurs peuvent être modifiées une fois par an, sur la base d'une demande de la commune, introduite au plus tard le 1^{er} novembre.

Sous-section 3 - Budget

Art. 38 - Communes

§ 1^{er} - Dans le cadre d'une convention renouvelable d'une durée maximale de cinq ans, les communes disposent d'un budget annuel pour l'occupation de bénéficiaires des mesures AktiF et AktiF PLUS comprenant les dotations suivantes :

- 1° une dotation de base;
- 2° une première dotation supplémentaire;
- 3° une deuxième dotation supplémentaire.

§ 2 - Pour la dotation de base mentionnée au § 1^{er}, 1°, le Gouvernement détermine, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, un budget qui est réparti en tenant compte de l'utilisation effective des subventions T.C.S. en 2015 par les communes et les CPAS situés sur leur territoire respectif.

La première dotation supplémentaire mentionnée au § 1^{er}, 2°, correspond, par commune, à un montant de 7 345 euros, multiplié par le nombre de T.C.S. occupés en 2015 dans la commune concernée et dans les CPAS situés sur son territoire et exprimé en équivalents temps plein sur base annuelle. Cette première dotation supplémentaire est fixée par le Gouvernement pour la durée de la convention mentionnée au § 1^{er}.

Pour la deuxième dotation supplémentaire mentionnée au § 1^{er}, 3°, le Gouvernement détermine, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, un budget qui est réparti entre les communes proportionnellement au nombre de demandeurs d'emploi inoccupés, domiciliés en région de langue allemande et inscrits auprès de l'Office de l'emploi. Pour ce calcul, c'est le mois de décembre de l'avant-dernière année précédant celle où débute la convention mentionnée au § 1^{er} qui sert de mois de référence.

Art. 39 - Zones de police pluricommunales, intercommunales pures, régies communales

§ 1^{er} - En plus du budget cédé conformément à l'article 37 par les différentes communes membres dans le cadre d'une convention renouvelable d'une durée maximale de cinq ans, les zones de police locale pluricommunales, les intercommunales pures et les régies communales peuvent obtenir, pour l'occupation de bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS, un budget annuel comprenant une dotation de base et une dotation supplémentaire.

§ 2 - Pour la dotation de base mentionnée au § 1^{er}, le Gouvernement détermine, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, un budget qui est réparti en tenant compte de l'utilisation effective des subventions T.C.S. en 2015 par l'employeur concerné, mentionné au premier alinéa et ayant son siège en région de langue allemande.

La dotation supplémentaire mentionnée au § 1^{er} correspond, par employeur, à un montant de 7 345 euros, multiplié par le nombre de T.C.S. occupés en 2015 auprès de l'employeur concerné ayant son siège en région de langue allemande et exprimé en équivalents temps plein sur base annuelle. Cette dotation supplémentaire est fixée par le Gouvernement pour la durée de la convention mentionnée au premier alinéa.

Art. 40 - Indexation du budget

Si les subventions sont indexées conformément à l'article 22, le budget fixé par le Gouvernement conformément aux dispositions de la présente section pour l'employeur concerné est adapté d'office suivant la même formule.

Sous-section 4 - Conditions de subventionnement

Art. 41 - Conditions de subventionnement

L'octroi de subventions est soumis aux conditions suivantes :

- 1° le respect des conditions fixées à l'article 15;
- 2° l'attestation est introduite auprès du ministère au plus tard le 45^e jour à dater de l'entrée en fonction.

Sous-section 5 - Modalités de subventionnement

Art. 42 - Modalités de liquidation

La liquidation de la subvention est effectuée sous forme d'avance mensuelle par le ministère.

Les avances sont liquidées sur la base de coefficients de prestation, transmis trimestriellement par voie électronique par l'employeur au Ministère, et ce, au plus tard dans le mois suivant la fin du trimestre auquel ils se rapportent. Les coefficients de prestation sont calculés mensuellement et correspondent au nombre de jours ou d'heures de travail effectivement payés, divisé par le nombre de jours ou d'heures de travail du mois en cause à payer. Les coefficients de prestation mensuels ainsi calculés sont additionnés et multipliés, en tenant compte du régime de travail, par un douzième de la subvention annuelle.

Les avances mensuelles correspondent à un douzième du budget fixé conformément aux articles 38, 39 et, le cas échéant, 40. La compensation définitive des avances liquidées s'effectue au cours du premier semestre de l'année suivant celle à subventionner.

Art. 43 - Non-présentation des coefficients de prestation

À défaut de présentation des coefficients de prestation, la subvention en question n'est plus liquidée au terme d'un délai de trois mois suivant le mois auquel se rapportent lesdits coefficients.

Art. 44 - Plafond et décompte d'autres interventions

Le plafond des subventions et le décompte d'autres interventions sont soumis à l'application de l'article 20.

Sans préjudice de l'application du premier alinéa, les subventions mentionnées à l'article 26 du décret sont - dans le cas d'une occupation à temps partiel - à chaque fois réduites, sur la base de la durée des prestations, au prorata d'un emploi à temps plein auprès de l'employeur concerné.

Art. 45 - Subventions liquidées indûment

La retenue et la répétition de subventions liquidées indûment sont soumises à l'application de l'article 21.

Art. 46 - Indexation

L'indexation est soumise à l'application de l'article 22.

Art. 47 - Adaptation aux crédits budgétaires disponibles

Afin de les adapter aux crédits budgétaires libérés par la Communauté germanophone, le Gouvernement peut multiplier par un coefficient les montants prévus à l'article 26 du décret.

CHAPITRE 5. — *Mise en demeure, suspension et suppression***Art. 48 - Mise en demeure**

Si le ministère constate que l'employeur ne remplit pas une ou plusieurs des obligations mentionnées dans le décret ou dans le présent arrêté ou en viole les dispositions, il le met en demeure de se conformer à ces obligations dans un délai de trente jours et de s'expliquer, dans le même délai, sur les faits qui lui sont reprochés.

Sur demande motivée, l'employeur peut - au plus tard dix jours avant l'expiration du délai mentionné au premier alinéa - demander au ministère une prorogation unique de trente jours au maximum.

Art. 49 - Suspension

Si l'employeur, après la mise en demeure mentionnée à l'article 48, continue à ne pas remplir les obligations, le ministre suspend la liquidation des subventions sur avis du ministère.

Avant la suspension, le ministre communique son intention à l'employeur concerné par lettre recommandée. Dans les trente jours suivant l'envoi de la déclaration d'intention, l'employeur peut introduire auprès du ministre une prise de position motivée.

Dans les trente jours suivant la réception de la prise de position ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, le ministre statue sur la suspension de la liquidation et la durée de celle-ci.

Cette décision est immédiatement transmise à l'employeur concerné.

Art. 50 - Recours contre la suspension

L'employeur peut introduire un recours auprès du Gouvernement en cas de suspension de la liquidation. Le recours n'est pas suspensif.

L'employeur communique au Gouvernement le recours motivé, accompagné de tous les documents pertinents, par lettre recommandée ou contre accusé de réception dans un délai d'un mois à dater de la notification de la décision de suspension.

Le Gouvernement statue sur la recevabilité du recours dans un délai de quarante-cinq jours à compter de la réception dudit recours.

Art. 51 - Arrêt

Si l'employeur, au terme de la durée de la suspension mentionnée à l'article 49, continue à ne pas remplir les obligations, le ministre peut arrêter définitivement la liquidation des subventions sur avis du ministère.

Avant l'arrêt, le ministre communique son intention à l'employeur concerné par lettre recommandée. Dans les trente jours suivant l'envoi de la déclaration d'intention, l'employeur peut introduire auprès du ministre une prise de position motivée.

Dans les trente jours suivant la réception de la prise de position ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, le ministre statue sur l'arrêt de la liquidation.

Cette décision est immédiatement transmise à l'employeur concerné.

Art. 52 - Recours contre l'arrêt

En cas d'arrêt de la liquidation, l'employeur peut introduire un recours contre la décision en cause conformément aux modalités fixées à l'article 50.

Art. 53 - Exclusion de l'octroi de subventions

Sans préjudice de l'application de l'article 35 et du chapitre 7 du décret, les faits suivants excluent l'employeur de l'octroi de subventions pour un maximum de cinq ans :

- 1° l'existence d'une décision d'arrêt des liquidations coulée en force de chose jugée;
- 2° la constatation répétée de violations du décret ou de ses dispositions d'exécution.

CHAPITRE 6. — *Rapport***Art. 54 - Rapport**

§ 1^{er} - Aux fins du contrôle mentionné aux articles 35 et 37 du décret et du rapport mentionné à l'article 43 du décret, l'Office de l'emploi transmet au ministère au moins une fois l'an les informations suivantes :

1° données relatives aux attestations délivrées par l'Office de l'emploi, réparties sur la base de la raison de l'octroi des subventions AktiF ou AktiF PLUS, à savoir :

- a) dans le cas de bénéficiaires des mesures AktiF, s'il s'agit des demandeurs d'emploi inoccupés mentionnés aux articles 4, 5, 6 ou 7 du décret;
- b) dans le cas de bénéficiaires des mesures AktiF PLUS, les obstacles parmi ceux mentionnés à l'article 8 du décret qui a motivé la délivrance de l'attestation;
- c) si l'attestation a été délivrée en raison de l'assimilation mentionnée aux articles 2 et/ou 3;
- d) des données relatives au niveau de formation du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS;
- e) s'il est fait application des articles 9, 12 ou 13, la mesure en question;
- f) la commune où est domicilié le bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS;
- g) la date de naissance du bénéficiaire des mesures AktiF ou AktiF PLUS;

2° les données relatives aux personnes qui, lors de l'année du rapport suivant la fin de la promotion de l'emploi par des mesures AktiF ou AktiF PLUS, se sont à nouveau inscrites auprès de l'Office de l'emploi, réparties sur la base de la raison de l'octroi des subventions AktiF ou AktiF PLUS.

Pour chaque attestation, l'Office de l'emploi transmet au ministère les informations mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 1°.

Si l'Office de l'emploi transmet au ministère les informations mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 1°, b), relatives aux bénéficiaires des mesures AktiF PLUS auxquels des subventions AktiF PLUS ont été octroyées en vertu de l'article 10, il indique également les conditions mentionnées au même article qui ont entraîné l'octroi desdites subventions AktiF PLUS.

§ 2 - Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, le ministère, l'Office de l'emploi et les autres personnes participant à l'exécution du présent arrêté sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de leur mission.

§ 3 - Le ministère et l'Office de l'emploi, chacun pour ce qui le concerne, sont responsables du traitement des données à caractère personnel mentionnées au § 1^{er} et sont considérés comme responsables au sens de l'article 4, 7°, du règlement général sur la protection des données.

Le ministère et l'Office de l'emploi traitent, chacun pour ce qui les concerne, les données à caractère personnel en vue de l'exercice de missions légales ou décrétales, notamment les missions mentionnées aux chapitres 2 à 4 et 6 à 7 du décret. Ils ne peuvent utiliser les données collectées à d'autres fins que l'exercice de leurs missions légales ou décrétales.

Le traitement de données à caractère personnel s'opère dans le respect du règlement général sur la protection des données.

§ 4 - Les données peuvent être conservées au maximum pendant dix ans après leur communication au ministère, sous une forme qui permet l'identification des intéressés. Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai.

CHAPITRE 7. — *Dispositions finales*

Art. 55 - Disposition modificative

L'article 131^{quinquies} de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage, remplacé par l'arrêté royal du 21 janvier 2004 et modifié par l'arrêté royal du 21 septembre 2004, est abrogé.

Art. 56 - Disposition modificative

L'article 4 de l'arrêté royal du 3 mai 1999 portant exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, *m*), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs relatif à la réinsertion de chômeurs très difficiles à placer, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 21 septembre 2004, est abrogé.

Art. 57 - Disposition modificative

L'article 6 de l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale, remplacé par l'arrêté royal du 24 janvier 2013 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2017, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 6 - La réduction pour groupe cible mentionnée à l'article 339 de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I) peut être octroyée comme suit :

1° à concurrence d'un montant forfaitaire s'élevant à G3 pour les travailleurs qui, au dernier jour du trimestre, sont âgés d'au moins 55 ans;

2° à concurrence d'un montant forfaitaire s'élevant à G2 pour les travailleurs qui, au dernier jour du trimestre, sont âgés d'au moins 56 ans;

3° à concurrence d'un montant forfaitaire s'élevant à G1 pour les travailleurs qui, au dernier jour du trimestre, sont âgés d'au moins 59 ans;

4° à concurrence d'un montant forfaitaire s'élevant à G8 pour les travailleurs qui, au dernier jour du trimestre, sont âgés d'au moins 62 ans. »

Art. 58 - Disposition modificative

Dans le même arrêté royal, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 1^{er} mars 2018, il est inséré un article 6/1 rédigé comme suit :

« Art. 6/1 - Le plafond salarial mentionné à l'article 339, alinéa 1^{er}, 3°, de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I) s'élève à 13 942,47 euros. »

Art. 59 - Disposition modificative

À l'article 14 du même arrêté royal, modifié par l'arrêté royal du 21 janvier 2004 et l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 4 est complété par un 13° rédigé comme suit :

« 13° les périodes d'occupation auprès d'un employeur mentionné à l'article 1^{er}, § 1^{er}, de l'arrêté royal du 3 mai 1999 portant exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, *m*), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs relatif à la réinsertion de chômeurs très difficiles à placer, dans le cadre de l'arrêté de la Région wallonne du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, dans sa version au 31 décembre 2017. »

2° le § 7 est abrogé;

3° l'article est complété par un § 8 rédigé comme suit :

« § 8 - Pour les employeurs qui occupent des travailleurs relevant du champ d'application du présent article et dont l'entrée en service est postérieure au 31 décembre 2018, la réduction pour groupe cible mentionnée dans le présent article n'est plus octroyée. »

Art. 60 - Disposition modificative

L'article 14^{bis}, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par l'arrêté royal du 21 janvier 2004, est abrogé.

Art. 61 - Disposition abrogatoire

Sont abrogés :

1° l'arrêté royal du 11 juillet 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à l'intégration sociale mis au travail dans une initiative d'insertion sociale, modifié par les arrêtés royaux des 16 mai 2003 et 1^{er} avril 2004;

2° l'arrêté royal du 14 novembre 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à une aide sociale financière mis au travail dans une initiative d'insertion sociale, modifié par les arrêtés royaux des 16 mai 2003 et 1^{er} avril 2004;

3° l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 2017 portant fixation de la dotation de base et des dotations supplémentaires en exécution de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés.

Art. 62 - Disposition transitoire

Les demandes de cartes de travail et les demandes de modification des cartes de travail conformément aux conditions de l'arrêté royal du 19 décembre 2001 de promotion de mise à l'emploi des demandeurs d'emploi de longue durée et de l'arrêté royal du 29 mars 2006 d'exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, *m*), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 relatif à la sécurité sociale des travailleurs pour la promotion de mise à l'emploi des jeunes moins qualifiés ou très peu qualifiés, dans leur version du 31 décembre 2018, doivent être introduites au plus tard le 30 juin 2019 si elles concernent des travailleurs engagés avant l'entrée en vigueur du présent arrêté. Après cette date, le travailleur perd le droit aux activations prévues dans les arrêtés royaux susmentionnés.

Art. 63 - Disposition transitoire

Les travailleurs entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent arrêté continuent à bénéficier de l'allocation de réinsertion mentionnée à l'article 4 de l'arrêté royal du 3 mai 1999 portant exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, *m*), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs relatif à la réinsertion de chômeurs très difficiles à placer, et à l'article 131quinquies de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage.

Art. 64 - Disposition transitoire

Les travailleurs engagés avant l'entrée en vigueur du présent arrêté, conformément aux dispositions de l'arrêté royal du 3 mai 1999 portant exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, *m*), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs relatif à la réinsertion de chômeurs très difficiles à placer, doivent être en possession d'une attestation délivrée par l'Office national de l'emploi, demandée au plus tard le 30 juin 2019 et certifiant que le travailleur remplit les conditions fixées à l'article 14, § 1^{er} à 3, de l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale. Après cette date, le travailleur perd le droit aux activations mentionnées dans les arrêtés royaux susmentionnés.

Art. 65 - Disposition transitoire

Pour les travailleurs entrés en service avant l'entrée en vigueur du présent arrêté, les employeurs continuent à recevoir les interventions financières des centres publics d'action sociale, conformément aux conditions mentionnées dans l'arrêté royal du 11 juillet 2002 déterminant l'intervention financière dans le coût salarial d'un ayant droit à l'intégration sociale mis au travail dans une initiative d'insertion sociale et dans l'arrêté royal du 14 novembre 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à une aide sociale financière mis au travail dans une initiative d'insertion sociale.

Art. 66 - Disposition transitoire

Le travailleur âgé de 58 ans au 31 décembre 2018 et susceptible d'ouvrir le droit, ce même jour, à une réduction de cotisations de sécurité sociale en l'application de l'article 339 de la loi programme du 24 décembre 2002 (I) à concurrence du montant forfaitaire s'élevant à G1 mentionné à l'article 336 de cette même loi, continue à bénéficier de cette réduction de cotisations de sécurité sociale jusqu'au dernier jour du trimestre précédant celui au cours duquel il atteint l'âge de 59 ans.

Art. 67 - Disposition transitoire

L'article 13 du décret est applicable aux personnes qui suivent, au moment de l'entrée en vigueur du décret, une mesure de formation mentionnée à l'article 14 et apportent la preuve qu'elles remplissaient, la veille du début de ladite formation, les conditions de subventionnement AktiF ou AktiF PLUS, dans la mesure où elles sont occupées auprès du même employeur à l'issue de leur formation.

Art. 68 - Entrée en vigueur

Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2019, à l'exception de l'article 59, alinéa 1^{er}, 1^o, qui entre en vigueur le jour de son adoption.

Art. 69 - Exécution

Le Ministre compétent en matière d'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.
Eupen, le 28 septembre 2018.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente,
Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
I. WEYKMANS

VERTALING**MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

[2018/205606]

28 SEPTEMBER 2018. — Besluit van de Regering tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 20;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op de programmawet van 24 december 2002 (I), artikel 339, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 28 mei 2018;

Gelet op het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid, artikel 3, tweede lid, artikel 4, derde lid, artikel 5, tweede lid, artikel 6, tweede lid, artikel 7, tweede lid, artikel 8, derde lid, artikel 9, artikel 11, § 4, artikel 13, § 1 en § 4, artikel 14, § 3, artikel 16, tweede lid, artikel 17, tweede lid, artikel 18, tweede lid, artikel 20, tweede lid, artikel 21, § 4, artikel 22, artikel 23, tweede lid, artikel 25, artikel 26, § 4, artikel 33, artikel 34, § 3, artikel 35, eerste en derde lid, artikel 36, tweede lid, artikel 43, artikel 53 en artikel 59, tweede lid;

Gelet op het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering;

Gelet op het koninklijk besluit van 3 mei 1999 tot uitvoering van artikel 7, § 1, derde lid, *m*), van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders, betreffende de herinschakeling van zeer moeilijk te plaatsen werklozen;

Gelet op het koninklijk besluit van 11 juli 2002 tot vaststelling van de financiële tussenkomst vanwege het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn in de loonkost van een gerechtigde op maatschappelijke integratie die wordt tewerkgesteld in een sociale inschakelingsinitiatief;

Gelet op het koninklijk besluit van 14 november 2002 tot vaststelling van de financiële tussenkomst vanwege het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn in de loonkost van een rechthebbende op financiële maatschappelijke hulp die wordt tewerkgesteld in een sociale inschakelingsinitiatief;

Gelet op het koninklijk besluit van 16 mei 2003 tot uitvoering van het Hoofdstuk 7 van Titel IV van de programmawet van 24 december 2002 (I) betreffende de harmonisering en vereenvoudiging van de regelingen inzake verminderingen van de sociale zekerheidsbijdragen;

Gelet op het besluit van de Regering van 19 oktober 2017 tot vastlegging van de basisdotatie en de bijkomende dotaties ter uitvoering van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 20 december 2001 houdende toekenning van toelagen aan plaatselijke besturen die geco's tewerkstellen;

Gelet op het protocol nr. S5/2018 van 8 mei 2018 van het sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op de aanvraag om overleg, ingediend bij de federale minister van Werk op 26 april 2018, met toepassing van artikel 6, § 3bis, 1°, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen; overwegende dat geen advies is gegeven binnen 30 dagen;

Gelet op het advies van de Rijksdienst voor Sociale Zekerheid, gegeven op 24 mei 2018;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 11 juni 2018;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 12 juni 2018;

Gelet op advies 63.843/2/V van de Raad van State, gegeven op 13 augustus 2018, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende het advies van de Sociaal-Economische Raad, gegeven op 22 mei 2018;

Gelet op het advies van de Programmatorische Overheidsdienst Maatschappelijke Integratie, gegeven op 30 mei 2018;

Op de voordracht van de Minister van Werkgelegenheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen*

Artikel 1 - Begripsbepaling

Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder :

1° decreet : het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid;

2° Minister : de minister van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd voor Werkgelegenheid;

3° Ministerie : het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor Werkgelegenheid.

Voor de toepassing van de hoofdstukken 1 tot 4 en voor de toepassing van artikel 59 is de indiensttreding de dag waarop :

1° de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde werkelijk in dienst genomen wordt;

2° een schriftelijke arbeidsovereenkomst is gesloten;

3° de aangifte van indiensttreding is ingediend overeenkomstig artikel 4 van het koninklijk besluit van 5 november 2002 tot invoering van een onmiddellijke aangifte van tewerkstelling, met toepassing van artikel 38 van de wet van 26 juli 1996 tot modernisering van de sociale zekerheid en tot vrijwaring van de leefbaarheid van de wettelijke pensioenstelsels.

Art. 2 - Personen die gelijkgesteld worden met niet-werkende werkzoekenden

De werkloze voormalige grensarbeiders in de zin van de verordening (EG) nr. 883/2004 van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2004 betreffende de coördinatie van de socialezekerheidsstelsels worden gelijkgesteld met een niet-werkende werkzoekende in de zin van artikel 3, 3°, van het decreet, op voorwaarde dat ze :

1° bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling ingeschreven zijn;

2° niet leerplichtig zijn;

3° de wettelijke pensioenleeftijd niet bereikt hebben.

Art. 3 - Periodes die gelijkgesteld worden met de 'duur van de inschrijving bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling'

De volgende periodes worden gelijkgesteld met de 'duur van de inschrijving bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling' vermeld in artikel 3, 4°, van het decreet :

1° de periode waarin de werkzoekende bij de bevoegde overheid van een andere deelstaat als werkzoekende is ingeschreven en gedurende welke hij niet-werkend is;

2° de periode binnen een 'periode van inschrijving bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling' waarin de werkzoekende aangeworven is in het kader van een arbeidsovereenkomst, zich in een statutaire rechtspositieregeling bevindt of een hoofdactiviteit als zelfstandige uitoefent, voor zover de totale duur van die periode niet meer dan dertig dagen bedraagt;

3° de periode waarin met toepassing van de wettelijke en reglementaire bepalingen betreffende de verplichte ziekte- en invaliditeitsverzekering of de moederschapsverzekering een uitkering wordt betaald die binnen de periode van de inschrijving bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling ligt;

4° de periode waarin het leefloon wordt betaald met toepassing van de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie;

5° de periode waarin de 'financiële maatschappelijke hulp' wordt betaald aan personen die wegens hun nationaliteit geen recht hebben op het leefloon en die ingeschreven zijn in het bevolkingsregister of in het vreemdelingenregister;

6° de periode van hechtenis of gevangenisstraf die binnen de periode van de inschrijving bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling ligt;

7° de periode van de tewerkstelling met toepassing van artikel 60, § 7, van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn;

8° de periode gedurende welke de werkzoekende een PWA-arbeidsovereenkomst overeenkomstig de wet van 7 april 1999 betreffende de PWA-arbeidsovereenkomst uitvoert;

9° de periode van een van de beroepsopleidingen die door de Dienst voor arbeidsbemiddeling of door de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven georganiseerd of erkend zijn en waarvan de lijst door de Minister wordt vastgelegd;

10° een periode van hoogstens 12 maanden voor niet-werkende werkzoekenden die niet als werkzoekende ingeschreven waren, omdat ze hun loopbaan vrijwillig onderbroken hebben om voor de opvoeding van hun kinderen te zorgen of om voor een afhankelijk en niet-zelfredzaam familielid te zorgen, en die zich herinschakelen op de arbeidsmarkt;

11° de periode van tewerkstelling in het kader van de sociale inschakelingseconomie gedurende welke de werkzoekende recht heeft op de doelgroepvermindering vermeld in artikel 14 van het koninklijk besluit van 16 mei 2003 tot uitvoering van het Hoofdstuk 7 van Titel IV van de programmawet van 24 december 2002 (I), betreffende de harmonisering en vereenvoudiging van de regelingen inzake verminderingen van de sociale zekerheidsbijdragen;

12° de periode gedurende welke de niet-werkende werkzoekende vrijgesteld is van de 'verplichting beschikbaar te zijn' vermeld in de artikelen 89 en 90 van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering.

De Minister kan de in het eerste lid, 9°, vermelde gelijkgestelde periode voor alle of voor bepaalde beroepsopleidingen beperken.

Art. 4 - Geldigheidsduur van het attest

Het attest is vier maanden geldig.

In het attest wordt één van de volgende geldigheidsdatums vermeld :

1° de datum waarop het attest door de Dienst voor arbeidsbemiddeling werd afgegeven, voor zover de niet-werkende werkzoekende nog niet in dienst werd genomen, of;

2° de datum van indienstreding of van het begin van een maatregel vermeld in de artikelen 9, 12 of 13 van het decreet.

Het attest wordt uiterlijk op de 20° dag, te rekenen vanaf de datum vermeld in het tweede lid, 2°, bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling aangevraagd.

De Minister legt het model van het attest vast op voorstel van de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

Indien een nieuw attest wordt aangevraagd binnen de geldigheidsperiode van het vorige attest, dan wordt een duplicaat afgegeven dat dezelfde geldigheidsduur heeft als het vorige attest.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling kan van rechtswege een attest afgeven aan een niet-werkende werkzoekende, als die Dienst over alle nodige inlichtingen beschikt om duidelijk vast te stellen dat de niet-werkende werkzoekende AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde is.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling kan een kopie van het attest verzenden aan derden, voor zover die een rechtmatig belang hebben.

Art. 5 - Tewerkstellingsmaatregelen

De tewerkstellingsmaatregelen vermeld in artikel 16 van het decreet zijn :

1° de maatregel bepaald in artikel 60, § 7, van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn;

2° de maatregel bepaald in het besluit van de Regering van 26 april 1994 tot bevordering van de tewerkstelling van mindervaliden op de vrije arbeidsmarkt;

3° de tewerkstellingsmaatregel in het kader van de sociale inschakelingseconomie gedurende welke de werkzoekende recht had op de doelgroepvermindering vermeld in artikel 14 van het koninklijk besluit van 16 mei 2003 tot uitvoering van het Hoofdstuk 7 van Titel IV van de programmawet van 24 december 2002 (I), betreffende de harmonisering en vereenvoudiging van de regelingen inzake verminderingen van de sociale zekerheidsbijdragen, met uitzondering van de werknemers die binnen het toepassingsgebied vallen van artikel 14, § 1, 3°, § 2, 3°, en § 3, 3°, van hetzelfde besluit;

4° de maatregelen bepaald in de artikelen 55, 57, 58 en 61 van het decreet;

5° de AktiF- of AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid waarin in het kader van het decreet wordt voorzien.

Art. 6 - Nieuwe aanwervingen

§ 1 - Onder 'nieuwe aanwerving' in de zin van de artikelen 21 en 26 van het decreet wordt verstaan : de indienstreding van een AktiF-gerechtigde of een AktiF PLUS-gerechtigde, voor zover hij binnen een jaar niet bij dezelfde werkgever of bij een met hem verbonden instelling tewerkgesteld was, met uitzondering van werknemers die bij dezelfde werkgever of een met hem verbonden instelling tewerkgesteld waren in het kader van een tewerkstellingsmaatregel vermeld in artikel 5.

§ 2 - Indien een werknemer in het kader van het decreet bij een werkgever tewerkgesteld wordt en na een tussentijdse onderbrekingsperiode binnen het jaar opnieuw bij dezelfde wetgever tewerkgesteld wordt, worden die onderbrekingsperiodes - voor de berekening van de perioden en de subsidies vermeld in de artikelen 11, 21 en 26 van het decreet - gelijkgesteld met tewerkstellingsperiodes.

Indien de in artikel 11, § 1, van het decreet vastgelegde duur van toekenning van de AktiF- of AktiF PLUS-subsidies verstreken is, is artikel 5, 5°, niet van toepassing.

In het geval bedoeld in het eerste lid is een overstap tussen de toepassingsgebieden van de hoofdstukken 3 en 4 van het decreet overeenkomstig artikel 30 van het decreet niet mogelijk.

§ 3 - Voor de toepassing van hoofdstuk 4, afdeling 2, van het decreet is geen nieuw attest nodig, indien de onderbrekingsperiode vermeld in § 2 minder dan twee maanden bedraagt.

Art. 7 - Onverenigbaarheden

AktiF-subsidies of AktiF PLUS-subsidies kunnen niet gecumuleerd worden met subsidies die betaald worden met toepassing van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de gesubsidieerde contractuelen (Geco's) aangesteld voor de exploitatie van containerparken.

AktiF-subsidies of AktiF PLUS-subsidies kunnen niet gecumuleerd worden met de tegemoetkoming bepaald in de artikelen 12bis tot 12septies van het koninklijk besluit nr. 25 van 24 maart 1982 tot opzetting van een programma ter bevordering van de werkgelegenheid in de niet-commerciële sector.

HOOFDSTUK 2. — *Subsidiëringsvoorwaarden**Afdeling 1 - AktiF-gerechtigden***Art. 8 - Onvrijwillig verloren betrekking**

Onder 'onvrijwillig verloren betrekking' in de zin van artikel 5 van het decreet wordt verstaan :

- 1° het verliezen van de betrekking op grond van ontslag door de laatste werkgever;
- 2° de niet-verlenging van een arbeidsovereenkomst van bepaalde duur;
- 3° het verliezen van de betrekking om officieel vastgestelde gezondheidsredenen en/of psychologische redenen;
- 4° de stopzetting van zelfstandige activiteiten na een faillissement.

Als het om een oudere werkzoekende in de zin van artikel 5 van het decreet gaat, moet bij de aanvraag een verklaring op erewoord worden gevoegd die bevestigt dat hij zijn laatste betrekking onvrijwillig verloren heeft.

In afwijking van het tweede lid hoeft de oudere werknemer die de dag vóór de afgifte van het attest of de dag vóór zijn indiensttreding met toepassing van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering uitkeringsgerechtigde werkloze was of officieel vastgestelde gezondheidsredenen en/of psychologische redenen aantoonde, geen verklaring op erewoord bij te voegen.

De redenen vermeld in het eerste lid worden op verzoek van de Dienst voor arbeidsbemiddeling of van het Ministerie bewezen aan de hand van de nodige bewijsstukken.

Art. 9 - Aanvullende voorwaarden voor het behoud van de AktiF-subsidie voor slachtoffers van herstructureringen
Om in aanmerking te komen voor een AktiF-subsidie overeenkomstig artikel 7 van het decreet :

1° is de niet-werkende werkzoekende houder van de 'verminderingsskaart herstructureringen' vermeld in artikel 15/1 van het koninklijk besluit van 9 maart 2006 betreffende het activerend beleid bij herstructureringen;

2° is de niet-werkende werkzoekende hoogstens houder van een opleidingstitel vermeld in artikel 4, eerste lid, 2°, van het decreet.

*Afdeling 2 - AktiF PLUS-gerechtigden***Art. 10 - Verminderde arbeidsgeschiktheid**

Als 'verminderd arbeidsgeschikt' in de zin van artikel 8, tweede lid, 1°, van het decreet wordt de niet-werkende werkzoekende beschouwd die :

1° voldoet aan de medische voorwaarden om aanspraak te maken op een inkomensvervangende tegemoetkoming of op een integratietegemoetkoming in het kader van de wetgeving betreffende tegemoetkomingen aan gehandicapten;

2° als doelgroepwerknemer bij een beschutte werkplaats of een sociale werkplaats tewerkgesteld was;

3° op basis van een lichamelijke of verstandelijke beperking van minder dan 66 % aanspraak kan maken op hogere gezinsbijslagen;

4° een attest van de directie-generaal Personen met een handicap van de Federale Overheidsdienst Sociale Zekerheid heeft voor de toekenning van sociale en fiscale voordelen;

5° een blijvende arbeidsongeschiktheid van ten minste 33 % heeft die overeenkomstig de procedure bepaald in artikel 141 van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering werd vastgesteld door een arts die erkend is door de Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening;

6° door de Dienst voor arbeidsbemiddeling ingedeeld is bij de personen die het verst van de arbeidsmarkt af staan op grond van een combinatie van psycho-medisch-sociale factoren die zijn gezondheid en/of maatschappelijke integratie en zo ook zijn integratie op de arbeidsmarkt dermate belemmeren dat hij binnen de volgende 12 maanden niet meer in staat is aan het reguliere economische circuit deel te nemen of in het kader van begeleid en aangepast werk te werken;

7° een blijvende arbeidsongeschiktheid heeft die wordt vastgesteld door een arts die erkend is door de Dienst voor arbeidsbemiddeling en die overeenstemt met het percentage vermeld in 5°.

8° een ondersteuningsplan overlegt dat is opgesteld door de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven in het kader van de taken vermeld in artikel 11, § 1, 2° en 3°, van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

Art. 11 - Niveautest voor het bepalen van het taalniveau

Voor de toepassing van artikel 8, tweede lid, 4°, van het decreet zorgt de Dienst voor arbeidsbemiddeling voor een niveautest om het taalniveau van de werkzoekende te bepalen als deze noch een diploma of officieel attest heeft waaruit blijkt dat hij het minimaal vereiste taalniveau B1 in Duits heeft, noch een diploma of officieel attest heeft waaruit blijkt dat hij het minimaal vereiste taalniveau B1 in Frans heeft.

De geldigheidsduur van de resultaten van de niveautests of van een diploma waaruit een lager taalniveau blijkt, bedraagt 24 maanden.

Art. 12 - Maatregelen voor socio-professionele integratie

Bij de maatregelen voor socio-professionele integratie vermeld in artikel 9 van het decreet gaat het om voorbereidende maatregelen en integratiemaatregelen.

De Minister bepaalt de lijst van de maatregelen vermeld in het eerste lid.

HOOFDSTUK 3. — *Algemene subsidies**Afdeling 1 - Gemeenschappelijke bepalingen***Art. 13 - Begripsbepaling**

Voor de toepassing van dit hoofdstuk wordt onder 'subsidies' verstaan: de AktiF- of AktiF PLUS-subsidies vermeld in de artikelen 11 of 13 van het decreet.

Art. 14 - Opleidingsmaatregelen

De opleidingsmaatregelen vermeld in artikel 13, § 1, van het decreet zijn :

1° de individuele opleiding in een onderneming vermeld in hoofdstuk IV van het besluit van de Executieve van 12 juni 1985 betreffende de toekenning van sommige voordelen aan de personen die een beroepsopleiding ontvangen;

2° de instapstage bepaald in hoofdstuk 4.1 van hetzelfde besluit;

3° de opleiding in een bedrijf vermeld in het besluit van de Regering van 10 september 1993 houdende oprichting

en regeling van een stelsel voor opleiding in een bedrijf met het oog op de voorbereiding van de inschakeling van de mindervaliden in het arbeidsproces;

4° de leertijd vermeld in artikel 7 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's;

5° de industriële leertijd vermeld in de wet van 19 juli 1983 op het industrieel leerlingwezen.

Maatregelen van andere deelstaten die een gelijkwaardige doelstelling hebben of op een vergelijkbare wijze georganiseerd zijn als de maatregelen vermeld in het eerste lid, worden ook beschouwd als opleidingsmaatregelen in de zin van artikel 13, § 1, van het decreet.

Afdeling 2 - Subsidiëringsvoorwaarden

Art. 15 - Subsidiëringsvoorwaarden

Aan de toekenning van de subsidies worden de volgende voorwaarden verbonden :

1° de voorwaarden gesteld in het decreet worden vervuld;

2° de indiensttreding of het begin van de maatregel vermeld in de artikelen 9, 12 of 13 ligt binnen de geldigheidsduur van het attest;

3° de AktiF- of AktiF PLUS-gerechtigde wordt in dienst genomen in het kader van een schriftelijke arbeidsovereenkomst conform de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten die een bepaling bevat waarin de AktiF- of AktiF PLUS-gerechtigde ingelicht wordt over het feit dat de opzeggingstermijn overeenkomstig artikel 37/5 van de voormelde wet van 3 juli 1978 zeven dagen bedraagt;

4° de tewerkstelling van de AktiF- of AktiF PLUS-gerechtigde is in overeenstemming met de openbare orde en de openbare veiligheid;

5° de AktiF- of AktiF PLUS-gerechtigde wordt tewerkgesteld overeenkomstig de bezoldigingsbepalingen en andere arbeidsvoorwaarden;

6° de bezoldiging of andere extralegale voordelen van de AktiF- of AktiF PLUS-gerechtigde stemmen overeen met hetgeen een personeelslid voor dezelfde of een vergelijkbare functie zou ontvangen.

Afdeling 3 - Indienstnemingsprocedure en klachtenprocedure

Art. 16 - Indienstnemingsprocedure

§ 1 - Om een subsidie voor de indienstneming van een AktiF- of AktiF PLUS-gerechtigde te ontvangen, dient de werkgever de aanvraag in elektronische vorm of papierenform in bij het Ministerie.

De aanvraag wordt uiterlijk op de 45e dag, te rekenen vanaf de dag van de indiensttreding van de AktiF- of AktiF PLUS-gerechtigde, ingediend.

§ 2 - Het Ministerie onderzoekt de ontvankelijkheid van de aanvraag.

De Minister bezorgt zijn beslissing aan de werkgever binnen 15 dagen na indiening van de aanvraag.

Art. 17 - Klachtenprocedure

In geval van een weigering kan de werkgever een klacht indienen bij de Minister.

De werkgever zendt de met redenen omklede klacht met alle relevante stukken aan de Minister; dit geschiedt aangetekend of tegen ontvangstbewijs binnen een maand na ontvangst van de weigering.

De Minister beslist binnen 45 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de klacht, over de toekenning van de subsidies.

Afdeling 4 - Subsidiëringsvoorwaarden

Art. 18 - Nadere regels voor de betaling

In geval van een gunstige beslissing van de Minister overeenkomstig de artikelen 16 en 17 betaalt het Ministerie de subsidies maandelijks als voorschot.

Het eerste voorschot wordt uitbetaald op basis van de gegevens vevat in de aanvraag. De volgende voorschotten worden uitbetaald op basis van de gegevens vevat in het loonbewijs van de vorige maand.

De schriftelijke arbeidsovereenkomst wordt direct na de beslissing vermeld in de artikelen 16 of 17 aan het Ministerie toegezonden. Indien die niet ingediend is op de dag waarop het voorschot voor het eerst zou moeten worden betaald, wordt de subsidie niet als voorschot uitbetaald.

Art. 19 - Loonbewijzen

De werkgever dient de loonbewijzen uiterlijk binnen de eerste twee weken na het verstrijken van de maand waarop ze betrekking hebben bij het Ministerie in. De loonbewijzen kunnen ook elektronisch ingediend worden.

Na het verstrijken van die termijn wordt de subsidie niet meer als voorschot uitbetaald.

Na het verstrijken van een termijn van drie maanden na de maand waarop de loonbewijzen betrekking hebben, wordt de subsidie in kwestie niet meer uitbetaald.

Art. 20 - Beperking en verrekening met andere tegemoetkomingen

§ 1 - Het totale subsidiebedrag per jaar kan de som van de volgende bedragen niet overschrijden :

1° de brutowedde van de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde;

2° het vakantiegeld van de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde;

3° de eindejaarspremie die op grond van de toepasselijke wetgeving of collectieve arbeidsovereenkomsten aan de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde moet worden betaald of de voorgeschreven tegemoetkoming in de vervoerskosten van en naar het werk;

4° de bedragen die de werkgever moet betalen aan de Rijksdienst voor Sociale Zekerheid.

Per AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde wordt de subsidie verminderd met het bedrag van andere openbare tegemoetkomingen in de loonkosten, als het totaal van die tegemoetkomingen hoger is dan het totaal van de loonkosten.

§ 2 - De werkgever is ertoe verplicht het Ministerie onmiddellijk op de hoogte te brengen van elke wijziging in de arbeidsbetrekking en elke toekenning van openbare tegemoetkomingen in de loonkosten van de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde.

Art. 21 - Ten onrechte betaalde subsidies

De werkgever trekt de ten onrechte betaalde subsidies af van de nog niet gestorte bedragen en vordert de ten

onrechte betaalde subsidies in voorkomend geval terug. Een subsidie wordt als ten onrechte betaald beschouwd, als het Ministerie vaststelt dat de werkgever subsidies ontvangen heeft, hoewel overeenkomstig de toepassing van het decreet of van dit besluit geen subsidie of minder subsidie had moeten worden uitbetaald.

Art. 22 - Indexering

De Minister kan de subsidies, binnen de perken van de beschikbare financiële middelen, per 1 januari van elk jaar aanpassen door het indexcijfer van de maand maart van het vorige kalenderjaar te delen door het indexcijfer van de maand maart van het voorlaatste kalenderjaar en te vermenigvuldigen met de op het tijdstip van de indexering geldende subsidie.

Als basis voor de vergelijking van de indexcijfers dient het gezondheidsindexcijfer ingevoerd bij het koninklijk besluit van 24 december 1993 ter uitvoering van de wet van 6 januari 1989 tot vrijwaring van 's lands concurrentievermogen.

HOOFDSTUK 4. — *Bijzondere subsidies*

Afdeling 1 - Projectgebonden betrekkingen

Onderafdeling 1 - Algemene bepalingen

Art. 23 - Begripsbepaling

Voor de toepassing van deze afdeling wordt onder 'subsidies' verstaan: de AktiF-subsidies of AktiF PLUS-subsidies vermeld in artikel 21 van het decreet.

Art. 24 - Projectgebonden betrekking

Onder 'projectgebonden betrekking' in de zin van artikel 20 van het decreet wordt verstaan: projecten voor de uitvoering waarvan AktiF-subsidies of AktiF PLUS-subsidies worden toegekend met inachtneming van de volgende criteria:

- 1° de mate waarin het project de maatschappelijke behoefte in het Duitse taalgebied dekt;
- 2° de financiële haalbaarheid van het project, beoordeeld aan de hand van de bestaande balansen tot hoogstens drie jaar terugwerkend vanaf de aanvraag en aan de hand van een financieringsplan voor de duur van het project;
- 3° de inachtneming van het beginsel van duurzame ontwikkeling;
- 4° de prioriteitsorde van de projecten die op basis van de onder 1°, 5° en 6° vermelde criteria moet worden vastgelegd binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen van de Duitstalige Gemeenschap;
- 5° de meerwaarde die uit de goedkeuring van de betrekking voortvloeit voor het tewerkstellingsbeleid;
- 6° de verenigbaarheid van de activiteiten van de instelling met het vastgestelde regeringsbeleid;
- 7° de inspanningen van de werkgever om eigen inkomsten te genereren, zonder in te druisen tegen de wet van 27 juni 1921 betreffende de verenigingen zonder winstoogmerk, de stichtingen en de Europese politieke partijen en stichtingen;
- 8° de voorlegging van een advies of inspectieverslag door het Ministerie;
- 9° het supraregionale karakter van de activiteiten;
- 10° het feit dat het bestaan van een werkgever en/of van het project gebonden is aan het behoud van een AktiF-subsidie of AktiF PLUS-subsidie of het feit dat het voortbestaan van de instelling in het gedrang komt als een of meer AktiF-subsidies of AktiF PLUS-subsidies geschrapt worden;
- 11° de activering of ondersteuning van vrijwilligerswerk;
- 12° de consolidatie van wat goed functioneert;
- 13° de voorlegging en concrete omzetting van een arbeidsmarkgericht concept voor voortgezette opleidingen voor de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde;
- 14° het innovatieve karakter van het project.

Onderafdeling 2 - Procedure voor projectaanvragen

Art. 25 - Projectaanvraag

Om subsidie te krijgen voor de indiening van AktiF-gerechtigden of AktiF PLUS-gerechtigden dient de werkgever bij het Ministerie een projectaanvraag in via een formulier dat door het Ministerie ter beschikking wordt gesteld.

De projectaanvraag omvat:

- 1° de identificatiegegevens van de werkgever;
- 2° de projectbeschrijving die de elementen vermeld in artikel 24 bevat;
- 3° het aantal aangevraagde betrekkingen;
- 4° een financieringsplan voor de volledige duur van het project.

Art. 26 - Goedkeuring van het project

Nadat het Ministerie de projectaanvraag onderzocht heeft, beslist de Minister over de aanvraag.

Het Ministerie bezorgt de beslissing aan de werkgever.

Art. 27 - Verlenging van het project

Een jaar voordat het goedgekeurde project afloopt, kan overeenkomstig de artikelen 25 en 26 een verlenging aangevraagd worden.

Art. 28 - Wijzigingen van het project

De werkgever dient overeenkomstig de artikelen 25 en 26 voor elke wijziging van het goedgekeurde project een aanvraag in, in het bijzonder wat de toegestane activiteiten betreft.

Als een voltijds tewerkgestelde AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde vervangen wordt door verscheidene deeltijdse personeelsleden of omgekeerd, wordt dit niet als een wijziging beschouwd.

Onderafdeling 3 - Subsidiëeringsvoorwaarden

Art. 29 - Subsidiëeringsvoorwaarden

Aan de toekenning van de subsidies worden de volgende voorwaarden verbonden:

- 1° de naleving van de voorwaarden vastgelegd in artikel 15;

2° de indienstnemingsprocedure van de AktiF-gerechtigde en AktiF PLUS-gerechtigde binnen zes maanden, te rekenen vanaf de eerste dag van de maand na de in artikel 26 vermelde goedkeuring.

Onderafdeling 4 - Indienstnemingsprocedure en klachtenprocedure

Art. 30 - Indienstnemingsprocedure en klachtenprocedure

Voor de procedure om een subsidie voor de indienstnemingsprocedure van AktiF-gerechtigden en AktiF PLUS-gerechtigden te ontvangen en voor de klachtenprocedure gelden de nadere regels bepaald in de artikelen 16 en 17.

Art. 31 - Vervanging

Een AktiF-gerechtigde en AktiF PLUS-gerechtigde die zijn betrekking heeft verlaten, kan vervangen worden om de subsidies verder te ontvangen. De werkgever behoudt het recht op de subsidie vastgelegd overeenkomstig artikel 21 van het decreet, indien de vervanging heeft plaatsgevonden binnen zes maanden na het vertrek van de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde.

Onderafdeling 5 - Nadere regels voor de subsidiëring

Art. 32 - Nadere regels voor de betaling

In geval van een gunstige beslissing van de Minister overeenkomstig artikel 30 gelden voor de subsidiëring de nadere regels bepaald in hoofdstuk 3, afdeling 4.

Art. 33 - Niet-uitbetaling aan bepaalde instellingen

In afwijking van artikel 32 worden de subsidies niet uitbetaald, als de werkgevers instellingen zijn als vermeld in artikel 2, 2°, a), van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 34 - Overdracht van AktiF-gerechtigden of AktiF PLUS-gerechtigden

De goedgekeurde subsidie voor de tewerkstelling van een AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde kan voor de verdere tewerkstelling van de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde bij een andere in artikel 19 van het decreet vermelde werkgever door die werkgever overgenomen worden, als het doel van het project waarvoor de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde verder tewerkgesteld wordt en de taken van de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde bij de nieuwe werkgever vergelijkbaar zijn met het tot dusver nagestreefde doel en de tot dusver uitgevoerde taken.

De huidige werkgever deelt de Minister ten minste dertig dagen voor de geplande overdracht schriftelijk mee dat hij van plan is om de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde aan een andere werkgever over te dragen. In die schriftelijke kennisgeving verklaart hij uitdrukkelijk dat hij afstand doet van de goedgekeurde subsidies ten gunste van de toekomstige werkgever. Bij die schriftelijke kennisgeving voegt hij een verklaring van de toekomstige werkgever waarin deze zich ertoe verplicht de sociale voordelen, de opzeggingstermijn, de wedde en de dienstanciënniteit waarop de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde bij de vorige werkgever recht had, te behouden. Voor zover de arbeidsrechtelijke en sociaalrechtelijke voordelen van de nieuwe werkgever gunstiger zijn dan die van de oorspronkelijke werkgever, verplicht de nieuwe werkgever zich ertoe die ook voor de overgedragen AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde te laten gelden.

Binnen dertig dagen na ontvangst van die schriftelijke kennisgeving en van de verklaring beslist de minister of, en onder welke voorwaarden, de goedgekeurde subsidie op de toekomstige werkgever kan worden overgedragen.

De in dit artikel beschreven situatie wordt niet als een 'nieuwe aanwerving' beschouwd.

Afdeling 2 - Betrekkingen in het kader van een overeenkomst

Onderafdeling 1 - Algemene bepalingen

Art. 35 - Begripsbepaling

Voor de toepassing van deze afdeling wordt verstaan onder :

1° werkgevers : de werkgevers vermeld in artikel 24 van het decreet;

2° subsidies : de AktiF- of AktiF PLUS-subsidies vermeld in artikel 26 van het decreet;

3° geco-toelagen : de subsidies die toegekend werden met toepassing van het koninklijk besluit nr. 474 van 28 oktober 1986 tot opzetting van een stelsel van door de Staat gesubsidieerde contractuelen bij sommige plaatselijke besturen, zoals van kracht op 31 december 2018;

4° geco's : de gesubsidieerde contractuelen bepaald in artikel 2, tweede lid, van het koninklijk besluit nr. 474 van 28 oktober 1986 tot opzetting van een stelsel van door de Staat gesubsidieerde contractuelen bij sommige plaatselijke besturen, zoals van kracht op 31 december 2018.

Onderafdeling 2 - Bestemming

Art. 36 - Tegemoetkoming in de loon- en weddekosten

Binnen de perken van de begrotingsmiddelen van de Duitstalige Gemeenschap kunnen de werkgevers, via een overeenkomst tussen enerzijds de werkgever en anderzijds de Minister, een tegemoetkoming in de loon- en weddekosten voor de tewerkstelling van AktiF-gerechtigden en AktiF PLUS-gerechtigden ontvangen overeenkomstig de artikelen 38 of 39.

In afwijking van het eerste lid kunnen meergemeentezones van de lokale politie een tegemoetkoming in de loon- en weddekosten alleen bekomen voor werknemers die overeenkomstig artikel 118 van de wet van 7 december 1998 tot organisatie van een geïntegreerde politiedienst, gestructureerd op twee niveaus tot het niet-statutair administratief of logistisch personeel behoren.

Art. 37 - Overeenkomst over de overdrachten

In geval van een overdracht in de zin van artikel 28 van het decreet wordt in de desbetreffende overeenkomst tussen de gemeenten en de andere werkgevers en de Minister op zijn minst het budget vermeld dat de betrokken gemeenten hebben overgedragen aan de werkgevers met een activiteit in de betrokken gemeente, voor zover de begunstigde van de overdracht geen andersluidend advies heeft gegeven op het ogenblik dat de overeenkomst bij het Ministerie werd ingediend.

In afwijking van de artikelen 38 en 39 kunnen de overeenkomsten betreffende de overdrachten van het budget van de gemeente aan andere werkgevers één keer per jaar gewijzigd worden op basis van een verzoek van de gemeente dat uiterlijk op 1 november moet worden ingediend.

Onderafdeling 3 - Budget

Art. 38 - Gemeenten

§ 1 - In het kader van een hernieuwbare overeenkomst van ten hoogste vijf jaar beschikken de gemeenten over een jaarlijks budget voor de tewerkstelling van AktiF-gerechtigden en AktiF PLUS-gerechtigden dat de volgende dotaties omvat :

- 1° een basisdotatie;
- 2° een eerste bijkomende dotatie;
- 3° een tweede bijkomende dotatie.

§ 2 - Voor de basisdotatie vermeld in § 1, 1°, legt de Regering, binnen de perken van haar beschikbare begrotingsmiddelen, een budget vast dat verdeeld wordt met inachtneming van de ge-co-toelagen die de gemeenten en de op hun grondgebied gevestigde OCMW's in 2015 werkelijk gebruikt hebben.

De eerste bijkomende dotatie vermeld in § 1, 2°, stemt - per gemeente - overeen met een bedrag van 7.345 euro, vermenigvuldigd met het aantal ge-co's, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, dat in 2015 op jaarbasis in de gemeente in kwestie en in het OCMW op het grondgebied van die gemeente tewerkgesteld was. Die eerste bijkomende dotatie wordt vastgelegd door de Regering voor de duur van de overeenkomst vermeld in § 1.

Voor de tweede bijkomende dotatie vermeld in § 1, 3°, legt de Regering, binnen de perken van haar beschikbare begrotingsmiddelen, een budget vast dat onder de gemeenten wordt verdeeld evenredig met het aantal niet-werkende werzoekenden met woonplaats in het Duitse taalgebied die bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling geregistreerd zijn. Referentiemaand voor die berekening is de maand december van het jaar dat voorafgaat aan het jaar waarin de overeenkomst vermeld in § 1 begint.

Art. 39 - Meergemeentezones van de lokale politie, zuivere intercommunales, gemeentebedrijven

§ 1 - Meergemeentezones van de lokale politie, zuivere intercommunales en autonome gemeentebedrijven kunnen, naast het budget dat de gemeenten die er deel van uitmaken overeenkomstig artikel 37 hebben overgedragen in het kader van een hernieuwbare overeenkomst van ten hoogste vijf jaar, een jaarlijks budget voor de tewerkstelling van AktiF-gerechtigden of AktiF PLUS-gerechtigden krijgen dat een basisdotatie en een bijkomende dotatie omvat.

§ 2 - Voor de basisdotatie vermeld in § 1 legt de Regering, binnen de perken van haar beschikbare begrotingsmiddelen, een budget vast dat verdeeld wordt met inachtneming van de ge-co-toelagen die de betrokkenen, in het eerste lid vermelde en in het Duitse taalgebied gevestigde werkgever in 2015 werkelijk gebruikt heeft.

De bijkomende dotatie vermeld in § 1 stemt per werkgever overeen met een bedrag van 7.345 euro, vermenigvuldigd met het aantal ge-co's, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, dat in 2015 op jaarbasis tewerkgesteld was bij de betrokken werkgever die in het Duitse taalgebied gevestigd is. Die bijkomende dotatie wordt vastgelegd door de Regering voor de duur van de overeenkomst vermeld in het eerste lid.

Art. 40 - Indexering van het budget

Indien de subsidies overeenkomstig artikel 22 geïndexeerd worden, wordt ook het budget dat de Regering overeenkomstig deze afdeling voor de betrokken werkgever heeft vastgelegd, van rechtswege op basis van dezelfde formule aangepast.

Onderafdeling 4 - Subsidiëeringsvoorwaarden

Art. 41 - Subsidiëeringsvoorwaarden

Aan de toekenning van de subsidies worden de volgende voorwaarden verbonden:

- 1° de naleving van de voorwaarden vastgelegd in artikel 15;
- 2° het attest wordt uiterlijk op de 45^e dag, te rekenen vanaf de datum van indienstreding, bij het Ministerie ingediend.

Onderafdeling 5 - Nadere regels voor de subsidiëring

Art. 42 - Nadere regels voor de betaling

Het Ministerie betaalt de subsidie in de vorm van een maandelijks voorschot.

De voorschotten worden uitbetaald op basis van prestatiecoëfficiënten die de werkgever - trimestrieel en ten laatste binnen de maand na het einde van het betrokken trimester - elektronisch bij het Ministerie moet indienen. De prestatiecoëfficiënten worden maandelijks berekend en stemmen overeen met het aantal werkelijk betaalde werkdagen of werkuren, gedeeld door het aantal te betalen werkdagen of werkuren van de maand in kwestie. De aldus berekende maandelijks prestatiecoëfficiënten worden opgeteld en worden met inachtneming van de arbeidstijdregeling vermenigvuldigd met één twaalfde van de jaarlijkse subsidie.

De maandelijks voorschotten stemmen overeen met één twaalfde van het budget dat overeenkomstig artikel 38, artikel 39 en, in voorkomend geval, artikel 40 wordt vastgelegd. In de loop van het eerste semester van het jaar dat volgt op het jaar waarvoor de subsidie wordt uitbetaald, worden de uitbetaalde voorschotten definitief verrekend.

Art. 43 - Niet-indiening van de prestatiecoëfficiënten

Als geen prestatiecoëfficiënten worden ingediend, wordt de subsidie in kwestie niet meer uitbetaald na het verstrijken van een termijn van drie maanden na de maand waarop de prestatiecoëfficiënten betrekking hebben.

Art. 44 - Beperking en verrekening met andere tegemoetkomingen

De beperking en verrekening van de subsidies met andere tegemoetkomingen valt onder de toepassing van artikel 20.

Onverminderd de toepassing van het eerste lid worden de subsidies vermeld in artikel 26 van het decreet bij een deeltijdse betrekking telkens evenredig verminderd op basis van de arbeidsduur in verhouding tot een voltijdse betrekking bij de betrokken werkgever.

Art. 45 - Ten onrechte betaalde subsidies

De inhouding en terugvordering van ten onrechte betaalde subsidies valt onder de toepassing van artikel 21.

Art. 46 - Indexering

De indexering valt onder de toepassing van artikel 22.

Art. 47 - Aanpassing aan de beschikbare begrotingsmiddelen

De Regering kan de bedragen bepaald in artikel 26 van het decreet met een coëfficiënt vermenigvuldigen om ze aan de beschikbare begrotingsmiddelen van de Duitstalige Gemeenschap aan te passen.

HOOFDSTUK 5. — *Ingebrekestelling, schorsing en stopzetting***Art. 48 - Ingebrekestelling**

Als het Ministerie vaststelt dat de werkgever een of meer verplichtingen vermeld in het decreet of in dit besluit niet nakomt of bepalingen van het decreet of dit besluit overtreedt, stelt het Ministerie de werkgever in gebreke om die verplichtingen binnen dertig dagen na te komen en binnen dezelfde termijn zijn standpunt omtrent de hem ten laste gelegde feiten mee te delen.

Op gemotiveerd verzoek kan de werkgever, uiterlijk tien dagen voor het verstrijken van de in het eerste lid gestelde termijn, het Ministerie vragen om de termijn eenmaal met hoogstens dertig dagen te verlengen.

Art. 49 - Schorsing

Indien de werkgever - na de ingebrekestelling vermeld in artikel 48 - de verplichtingen nog altijd niet nakomt, wordt de uitbetaling van de subsidies, na een advies van het Ministerie, door de Minister geschorst.

Voor de schorsing deelt de Minister de betrokken werkgever zijn voornemen aangetekend mee. De werkgever kan binnen dertig dagen na de toezending van de intentieverklaring een met redenen omkleed standpunt indienen bij de Minister.

Binnen 30 dagen na ontvangst van het standpunt, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de uitbetaling wordt geschorst en voor hoelang.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk aan de betrokken werkgever bezorgd.

Art. 50 - Klacht tegen de schorsing

Als de uitbetaling wordt geschorst, kan de werkgever een klacht indienen bij de Regering. De klacht is niet opschortend.

De werkgever zendt de met redenen omklede klacht met alle relevante stukken aan de Regering; dit geschiedt aangetekend of tegen ontvangstbewijs binnen een maand, te rekenen vanaf de dag van de kennisgeving van de beslissing tot schorsing.

Binnen 45 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de klacht, beslist de Regering of de klacht ontvankelijk is.

Art. 51 - Stopzetting

Indien de werkgever - na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 49 - de verplichtingen nog altijd niet nakomt, kan de Minister, na een advies van het Ministerie, de uitbetaling van de subsidies definitief stopzetten.

Voor de stopzetting deelt de Minister de betrokken werkgever zijn voornemen aangetekend mee. De werkgever kan binnen dertig dagen na de toezending van de intentieverklaring een met redenen omkleed standpunt indienen bij de Minister.

Binnen dertig dagen na ontvangst van het standpunt, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister over de stopzetting.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk aan de betrokken werkgever bezorgd.

Art. 52 - Klacht tegen de stopzetting

In geval van een stopzetting van de uitbetaling kan de werkgever een klacht tegen de desbetreffende beslissing indienen overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 50.

Art. 53 - Uitsluiting van de toekenning van subsidies

Onverminderd de toepassing van artikel 35 en hoofdstuk 7 van het decreet wordt de werkgever op grond van de volgende feiten hoogstens vijf jaar uitgesloten van de toekenning van de subsidies :

1° het voorliggen van een rechtsgeldige beslissing tot opheffing;

2° bij herhaalde vaststelling van overtredingen van het decreet of de uitvoeringsbepalingen ervan.

HOOFDSTUK 6. — *Rapportering***Art. 54 - Rapportering**

§ 1 - Voor de controle vermeld in de artikelen 35 en 37 van het decreet, alsook voor de rapportering vermeld in artikel 43 van het decreet bezorgt de Dienst voor arbeidsbemiddeling minstens om het jaar de volgende inlichtingen aan het Ministerie :

1° welke attesten de Dienst voor arbeidsbemiddeling heeft afgegeven, ingedeeld op basis van de reden waarom de AktiF-subsidies of AktiF PLUS-subsidies werden toegekend, en meer bepaald:

a) in geval van AktiF-gerechtigden : of het gaat om de niet-werkende werkzoekenden vermeld in de artikelen 4, 5, 6 of 7 van het decreet;

b) in geval van AktiF PLUS-gerechtigden : op basis van welke belemmering bij het vinden van werk vermeld in artikel 8 van het decreet, het attest afgegeven werd;

c) of het attest afgegeven werd op basis van een gelijkstelling vermeld in artikel 2 en/of artikel 3;

- d) het opleidingsniveau van de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde;
- e) in geval van toepassing van artikel 9, 12 of 13 van het decreet : om welke maatregel het gaat;
- f) de gemeente waar de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde zijn woonplaats heeft;
- g) de geboortedatum van de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde;

2° de personen die zich in het rapporteringsjaar, na beëindiging van de AktiF- of AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid, opnieuw bij de Dienst voor Arbeidsbemiddeling ingeschreven hebben, ingedeeld op basis van de reden waarom de AktiF-subsidies of AktiF PLUS-subsidies werden toegekend.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling bezorgt het Ministerie voor elk attest de inlichtingen vermeld in het eerste lid, 1°, aan het Ministerie.

Indien de Dienst voor arbeidsbemiddeling de inlichtingen vermeld in het eerste lid, 1°, b), betreffende AktiF PLUS-gerechtigden die op basis van artikel 10 AktiF PLUS-subsidies ontvangen, aan het Ministerie bezorgt, splitst de Dienst voor arbeidsbemiddeling die inlichtingen ook op aan de hand van welke van de in artikel 10 vermelde voorwaarden de AktiF PLUS-subsidies toegekend werden.

§ 2 - Onverminderd andersluidende wettelijke of decretaire bepalingen moeten het Ministerie, de Dienst voor arbeidsbemiddeling en andere personen die bij de uitvoering van dit besluit betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

§ 3 - Het Ministerie en de Dienst voor arbeidsbemiddeling zijn, elk binnen zijn bevoegdheid, verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in § 1 en worden beschouwd als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, 7), van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

Het Ministerie en de Dienst voor arbeidsbemiddeling verwerken, elk binnen zijn bevoegdheid, persoonsgegevens met het oog op de uitvoering van wettelijke of decretaire opdrachten, in het bijzonder wat betreft de taken vermeld in de hoofdstukken 2 tot 4 en de hoofdstukken 6 tot 7 van het decreet. Ze mogen de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van hun wettelijke of decretaire opdrachten gebruiken.

De verwerking van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

§ 4 - De gegevens mogen tot hoogstens 10 jaar na verzending aan het Ministerie in een vorm bewaard worden die de mogelijkheid biedt de betrokken personen te identificeren. Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

HOOFDSTUK 7. — Slotbepalingen

Art. 55 - Wijzigingsbepaling

Artikel 131^{quinquies} van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering, vervangen bij het koninklijk besluit van 21 januari 2004 en gewijzigd bij het koninklijk besluit van 21 september 2004, wordt opgeheven.

Art. 56 - Wijzigingsbepaling

Artikel 4 van het koninklijk besluit van 3 mei 1999 tot uitvoering van artikel 7, § 1, derde lid, m, van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders betreffende de herinschakeling van zeer moeilijk te plaatsen werklozen, laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 21 september 2004, wordt opgeheven.

Art. 57 - Wijzigingsbepaling

Artikel 6 van het koninklijk besluit van 16 mei 2003 tot uitvoering van het Hoofdstuk 7 van Titel IV van de programmawet van 24 december 2002 (I) betreffende de harmonisering en vereenvoudiging van de regelingen inzake verminderingen van de sociale zekerheidsbijdragen, vervangen bij het koninklijk besluit van 24 januari 2013 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 28 september 2017, wordt vervangen als volgt :

"Art. 6 - De doelgroepvermindering vermeld in artikel 339 van de programmawet (I) van 24 december 2002 kan toegekend worden als volgt :

1° ten belope van het forfaitair bedrag G3 voor de werknemers die op de laatste dag van het kwartaal de leeftijd van ten minste 55 jaar bereikt hebben;

2° ten belope van het forfaitair bedrag G2 voor de werknemers die op de laatste dag van het kwartaal de leeftijd van ten minste 56 jaar bereikt hebben;

3° ten belope van het forfaitair bedrag G1 voor de werknemers die op de laatste dag van het kwartaal de leeftijd van ten minste 59 jaar bereikt hebben;

4° ten belope van het forfaitair bedrag G8 voor de werknemers die op de laatste dag van het kwartaal de leeftijd van ten minste 62 jaar bereikt hebben."

Art. 58 - Wijzigingsbepaling

In hetzelfde koninklijk besluit, laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 1 maart 2018, wordt een artikel 6/1 ingevoegd, luidende :

"Art. 6/1 - De loongrens vermeld in artikel 339, eerste lid, 3°, van de programmawet (I) van 24 december 2002 ligt bij 13.942,47 euro."

Art. 59 - Wijzigingsbepaling

In artikel 14 van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 21 januari 2004 en het besluit van de Regering van 28 september 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° § 4 wordt aangevuld met een bepaling onder 13°, luidende :

"13° de tewerkstellingsperioden bij een werkgever vermeld in artikel 1, § 1, van het koninklijk besluit van 3 mei 1999 tot uitvoering van artikel 7, § 1, derde lid, m, van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders betreffende de herinschakeling van zeer moeilijk te plaatsen werklozen in het kader van het besluit van het Waals Gewest van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers, zoals van kracht op 31 december 2017."

2° § 7 wordt opgeheven;

3° het artikel wordt aangevuld met een § 8, luidende :

" § 8 - Voor de werkgevers die werknemers tewerkstellen die binnen het toepassingsgebied van dit artikel vallen en die na 31 december 2018 in dienst zijn getreden, wordt de doelgroepvermindering vermeld in dit artikel niet meer toegekend."

Art. 60 - Wijzigingsbepaling

Artikel 14*bis*, tweede lid, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het koninklijk besluit van 21 januari 2004, wordt opgeheven.

Art. 61 - Opheffingsbepaling

Opgeheven worden :

1° het koninklijk besluit van 11 juli 2002 tot vaststelling van de financiële tussenkomst vanwege het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn in de loonkost van een gerechtigde op maatschappelijke integratie die wordt tewerkgesteld in een sociale inschakelingsinitiatief, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 16 mei 2003 en 1 april 2004;

2° het koninklijk besluit van 14 november 2002 tot vaststelling van de financiële tussenkomst vanwege het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn in de loonkost van een rechthebbende op financiële maatschappelijke hulp die wordt tewerkgesteld in een sociale inschakelingsinitiatief, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 16 mei 2003 en 1 april 2004;

3° het besluit van de Regering van 19 oktober 2017 tot vastlegging van de basisdotatie en de bijkomende dotaties ter uitvoering van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 20 december 2001 houdende toekenning van toelagen aan plaatselijke besturen die geco's tewerkstellen.

Art. 62 - Overgangsbepaling

De aanvragen van werkkaarten en de aanvragen tot wijziging van de werkkaarten overeenkomstig de voorwaarden van het koninklijk besluit van 19 december 2001 tot bevordering van de tewerkstelling van langdurig werkzoekenden en van het koninklijk besluit van 29 maart 2006 tot uitvoering van artikel 7, § 1, derde lid, m, van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders ter bevordering van de tewerkstelling van laaggeschoolde of erg laag geschoolde jongeren, zoals die koninklijke besluiten van kracht waren op 31 december 2018, door werknemers die vóór de inwerkingtreding van dit besluit in dienst werden genomen, moeten uiterlijk op 30 juni 2019 worden ingediend. Na die datum verliest de werknemer het recht op de activeringen bepaald in de voormelde koninklijke besluiten.

Art. 63 - Overgangsbepaling

Voor de werknemers die vóór de inwerkingtreding van dit besluit in dienst zijn getreden, wordt de herinschakelingsuitkering vermeld in artikel 4 van het koninklijk besluit van 3 mei 1999 tot uitvoering van artikel 7, § 1, derde lid, m, van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders betreffende de herinschakeling van zeer moeilijk te plaatsen werklozen en vermeld in artikel 131*quinquies* van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering verder toegekend.

Art. 64 - Overgangsbepaling

Werknemers die vóór de inwerkingtreding van dit besluit in dienst genomen zijn overeenkomstig het koninklijk besluit van 3 mei 1999 tot uitvoering van artikel 7, § 1, derde lid, m, van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders betreffende de herinschakeling van zeer moeilijk te plaatsen werklozen moeten houder zijn van een attest van de Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening dat uiterlijk op 30 juni 2019 werd aangevraagd en waaruit blijkt dat de werknemer voldoet aan de voorwaarden bepaald in artikel 14, §§ 1 tot 3, van het koninklijk besluit van 16 mei 2003 tot uitvoering van het Hoofdstuk 7 van Titel IV van de programmawet van 24 december 2002 (I), betreffende de harmonisering en vereenvoudiging van de regelingen inzake verminderingen van de sociale zekerheidsbijdragen. Na die datum verliest de werknemer het recht op de activeringen vermeld in de voormelde koninklijke besluiten.

Art. 65 - Overgangsbepaling

Voor de werknemers die vóór inwerkingtreding van dit besluit in dienst zijn getreden, blijven de werkgevers de 'financiële tussenkomst' van de OCMW's ontvangen onder de voorwaarden gesteld in het koninklijk besluit van 11 juli 2002 tot vaststelling van de financiële tussenkomst vanwege het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn in de loonkost van een gerechtigde op maatschappelijke integratie die wordt tewerkgesteld in een sociale inschakelingsinitiatief en onder de voorwaarden gesteld in het koninklijk besluit van 14 november 2002 tot vaststelling van de financiële tussenkomst vanwege het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn in de loonkost van een rechthebbende op financiële maatschappelijke hulp die wordt tewerkgesteld in een sociale inschakelingsinitiatief.

Art. 66 - Overgangsbepaling

De werknemer die op 31 december 2018 58 jaar oud is en op die dag het recht kan openen op een vermindering van de sociale zekerheidsbijdragen met toepassing van artikel 339 van de programmawet (I) van 24 december 2002 ten belope van het forfaitair bedrag G1 vermeld in artikel 336 van dezelfde wet, blijft tot de laatste dag van het kwartaal dat voorafgaat aan het kwartaal waarin hij de leeftijd van 59 jaar bereikt, in aanmerking komen voor die vermindering van de sociale zekerheidsbijdragen.

Art. 67 - Overgangsbepaling

Artikel 13 van het decreet is van toepassing op personen die bij inwerkingtreding van het decreet een opleidingsmaatregel vermeld in artikel 14 volgen en die bewijzen dat ze op de dag vóór het begin van die opleidingsmaatregel voldeden aan de voorwaarden voor de AktiF-subsidies of AktiF PLUS-subsidies, voor zover ze in aansluiting daarop bij dezelfde werkgever tewerkgesteld worden.

Art. 68 - Inwerkingtreding

Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2019, met uitzondering van artikel 59, eerste lid, 1°, dat in werking treedt de dag waarop dit besluit wordt aangenomen.

Art. 69 - Uitvoeringsbepaling

De minister bevoegd voor Werkgelegenheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 28 september 2018.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

O. PAASCH

De Viceminister-President,

Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme,

I. WEYKMANS